

Barnimer Bürgerpost

die unabhängige Leserzeitung

NR. 175 · 15. JAHRGANG · AUSGABE 8/2009 VOM 17. JULI 2009 · ERSCHEINT MONATLICH · 1 EURO

4 | **Im zweiten Anlauf
klappte es**
Planung Eichwerderring vergeben

7 | **Vattenfalls Image
verbessern**
Brief an die schwedische Regierung

12 | **Kein Krieg –
aber sehr reale Tote**
Bundeswehr am Hindukusch

Brandenburgisches Viertel:

»Wir schlittern in eine soziale Katastrophe«

Eberswalde (bbp). »Die gegenwärtige Wirtschaftskrise hat das Brandenburgische Viertel noch gar nicht erreicht. Aber schon jetzt erleben wir, im Dietrich-Bonhoeffer-Haus, im Eltern-Kind-Zentrum und in der Kita 'Arche Noah', einen dramatischen Zustand.« Mit diesem Hilfeschrei wandte sich im Juni Sozialdiakon Hartwin Schulz im Namen der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der drei genannten Einrichtungen an die Kir-

chenräte der evangelischen Kirchengemeinde Finow (Träger der genannten Einrichtungen) und des Kirchenkreises Barnim. Der Ortsvorsteher des Brandenburgischen Viertels Carsten Zinn leitete den Brief zur Kenntnisnahme an die Dezernenten der Stadt Eberswalde und die für das Viertel zuständigen Mitarbeiter der Stadtverwaltung weiter mit der Bitte, den Brief an die Fachabteilungen der Verwaltung und die kommunalpolitischen Gremien wie Ausschüsse und Beiräte zur Kenntnis zu geben. Insbesondere solle der Brief bei der geplanten Stadtverordnetenversammlung zur Bestandsaufnahme und Weiterführung des Programmes »Soziale Stadt« Berücksichtigung finden.

Hartwin Schulz bezieht sich in seinem Brief auf interne Erhebungen des Job-Centers Barnim. Demnach sind in dem Stadtteil mit etwa 6.700 Einwohnern 1.300 sogenannte »Bedarfsgemeinschaften« gemeldet. Das sind Haushalte, in denen eine oder mehrere Personen zur Bestreitung ihres Lebensunterhaltes auf Leistungen nach Hartz IV angewiesen sind. Menschen, die auf andere Sozialleistungen ange-

wiesen sind, bspw. die im Stadtteil zahlreichen Menschen mit Behinderungen, sind hierbei nicht erfaßt.

Wie erschreckend die Situation tatsächlich ist, werde daran erkennbar, daß von allen Kindern im Alter unter 15 Jahren im Brandenburgischen Viertel 67,59 % in »Bedarfsgemeinschaften« leben. Bei den Jugendlichen bis zum Alter von 25 Jahren sind es 50 %, die auf Hartz IV-Leistungen angewiesen sind. Viele von ihnen sind ohne Schulabschluß oder Berufsausbildung. Diese Zahlen übersteigen die des vergleichbaren Wohngebietes Süd in Bernau um das Dreifache.

»Zwei Entwicklungen haben wir auch beobachtet«, stellt Hartwin Schulz fest. »Die Zahl der betroffenen Kinder ist in den vergangenen drei Jahren um 15 % gestiegen (!) und die Anzahl der Alleinerziehenden nimmt zu.« Dabei befand sich die Wirtschaft der Bundesrepublik in den letzten drei Jahren in einer Phase zum Teil deutlichen Wachstums.

Fortsetzung auf Seite 3

Dafür 1989 auf der Straße?

Ich war heute mit den 30 Kindern der Waldgruppe der Kita »Arche Noah« zum Ausflug im Wildpark Schorfheide. Von den 30 Kindern kommen ca. 20 in diesem Jahr in die Schule. Die Gruppe einen Tag lang zu erleben, war der Grund, warum ich diesen Brief schreibe.

Da war das Einschulkind, das sich in die Hosen gemacht hat und nicht in der Lage war, allein auf die Toilette zu gehen. Er lebt mit seinem Vater allein. Die Mutter ist drogenabhängig.

Da war das Mädchen ohne Zähne. Oder das Aussiedlerkind M. Man hat Autismus festgestellt und die (russischen) Eltern akzeptieren das einfach nicht. Auch der aggressive T. soll in die Schule kommen.

Ich habe ja selbst einen Sohn, der in die Schule kommt. Ich kann nicht sagen, daß auch nur eines der Kinder schulfähig ist.

Im Land Brandenburg sind laut Gesetz die ersten Klassen in den Förderschulen abgeschafft, d.h. alle (!) Kinder kommen in der ersten Klasse in die Regelschule. Dort scheitern sie und erfahren mit sieben Jahren ihre ersten Frusterlebnisse.

Dann werden sie nach der ersten Klasse regelrecht aussortiert. Jetzt im Juni erlebe ich gerade, was das für die Kinder und Eltern der jetzigen 1. Klassen bedeutet, wie sie um ihre Kinder kämpfen. Eine Großmutter sagte gestern: Aber warum soll meine Enkelin in die Förderschule, sie kann doch schon bis 10 zählen.

Wissen Sie, ich frage mich, wofür ich 1989 auf die Straße gegangen bin! Dafür?

HARTWIN SCHULZ



Der mit »Stadtumbau« umschriebene Abriß von Wohnhäusern und Schulen spiegelt nur den äußeren Schein der sozialen Umbrüche wider, welchen die Menschen im einst größten Eberswalder Stadtteil ausgesetzt sind.

Die Krise

Diese Krise ist gut!

Sie ist der Ausbruch einer langwährenden Krankheit. Jetzt könnte Heilung einsetzen.

Diese Krise ist eine ideelle Krise. Sie hat nichts mit Ökonomie zu tun. Nur Maßlosigkeit, grenzenlose Gier und Überheblichkeit sind ihre Ursachen. Die Konjunkturpakete sind nur die hilflosen Versuche, die Symptome dieser Krankheit, mit großen Mengen an Penizillin zu unterdrücken, nicht sichtbar werden zu lassen, die eigene Mitschuld zu verschleiern.

Das Ende des ewigen »höher, weiter, schneller« ist doch schon längst sichtbar. Doch die Illusion wird von allen weiterhin krampfhaft verteidigt. So schleppt sich die Krankheit weiter hin, wird chronisch und die Chance zu einem wirklichen Neubeginn wird vertan.

Die Banken als Krankheitserreger werden mit besonderer Aufmerksamkeit gepflegt, damit sie uns auch in Zukunft als Virusherde zur Verfügung stehen. Wie Hausschwamm durchzieht ihr Pilzgeflecht unser aller Staatsgebäude. Jetzt, wo die Auswüchse sichtbar werden, könnten wir sanieren. Aber wer hat den Mut zu radikalen Lösungen?

Sicher, als im Stalinismus damals das ganze Haus niedergebrannt wurde, war der Pilz erstmal weg. Aber auch das Haus. Sanieren ist schwieriger. Man muß jeden einzelnen Balken prüfen und dann die einen auswechseln und die anderen verstärken. Viele können auch so bleiben, wie sie sind. So könnte ein modernes Gebäude auf alten und bewährten Fundamenten entstehen. Jeder Handwerker muß bei kleinen Fehlern dicht machen, wenn die Kinder »Gameboy« spielen statt Modelleisenbahnen, muß Märklin seine Tore schließen. Aber unser liebstes Krebsgeschwür, »Hypo Real Estate«, wird von einer milliardenteuren Nährlösung in die nächste gepackt. Doch die erhoffte Metamorphose findet nicht statt. Das wäre, als würde man ein Kernkraftwerk mit viel Aufwand grün anleuchten, das Dach begrünen und den Hof mit Bäumen und Blumen bepflanzen. Es bliebe ein Kernkraftwerk und nicht eine Kilowattstunde Ökostrom wäre damit gewonnen.

Warum fallen uns Veränderungen so schwer? Warum gibt es viel Geld dafür, damit ein hochwertiger, funktionierender Gebrauchsgegenstand in eine Schrottpresse kommt?

Um die wahren Ursachen dieser Krankheit zu verschleiern. Solange neue Autos gekauft werden, geht's uns gut. Solange es Staus auf den Straßen gibt, kann man von Krise nichts spüren. Am Bewußtsein müssen wir nicht kratzen. Wir müssen nur abwarten, bis sich alles beruhigt hat und dann wieder:

Weiter! Höher! Schneller! Mehr!

DORIAN MATTHIAS TAVERNIER

»Kriegsverräter« endlich rehabilitiert

Ich freue mich, daß sich nun endlich – nach dreieinhalb Jahren Kampf im Bundestag – alle Fraktionen des Bundestages der Initiative der Linksfraktion zur Rehabilitierung sogenannter Kriegsverräter angeschlossen haben. Damit wird endlich das »letzte Tabu« bei der Aufarbeitung der NS-Geschichte beseitigt.

Ich bedanke mich vor allem bei Christine Lambrecht und Wolfgang Wieland für die durch uns gemeinsam gestartete Initiative zur Rehabilitierung sogenannter Kriegsverräter. Unser fraktionsübergreifender Gesetzentwurf hat schließlich auch zur Aufgabe der Blockadehaltung bei der CDU/CSU-Fraktion geführt. Nun endlich kann der Bundestag einstimmig die längst überfällige Rehabilitierung der letzten NS-Militärjustizopfer noch in dieser Legislatur vornehmen.

Befremdlich und der Aufarbeitung der deutschen Geschichte schadend wirkt dabei aber in höchstem Maße die Weigerung der Union, auch die Linksfraktion auf den gemeinsamen Gesetzentwurf der Koalition, der FDP und von Bündnis 90/Die Grünen zu nehmen. Die Linke hat bereits 2006 einen Gesetzentwurf eingebracht und immer wieder deutlich gemacht, diesen zurückzustellen, sollte es eine gemeinsame Lösung im Bundestag geben. Diese Situation ist nun erreicht und die Union benutzt die Debatte um die Schließung einer Gerechtigkeitslücke erneut für parteipolitisches Gezänk. Ich fordere die Union auf, sich wenigstens in dieser Frage zu öffnen und die Stigmatisierung der LINKEN abzulegen, um ein gemeinsames Zeichen des gesamten Bundestages zu senden.

JAN KORTE

Gentechnikfreiheit des Barnim

Mit einem gemeinsamen Antrag für den Kreistag am 8. Juli wollten die Fraktionen Die Linke und Grüne/Bündnis für ein demokratisches Eberswalde erreichen, daß sich der Kreistag Barnim gegen den Anbau von gentechnisch veränderten Pflanzen im Landkreis ausspricht. Initiativen und freiwillige Zusammenschlüsse, die sich für eine gentechnikfreie Landwirtschaft in der Region einsetzen, sollen unterstützt werden. Die große Mehrheit der Verbraucherinnen und Verbraucher deutschlandweit ist gegen den Einsatz von Gentechnik in der Landwirtschaft. Dennoch wird seit 2005 auch in Deutschland gentechnisch veränderter Mais angebaut. Etwa 3.000 Hektar waren es 2008. Der Barnim ist bisher, auch dank des beherzten Engagements zahlreicher Gentechnikgegner, gentechnikfrei. Dieses für unsere Gesundheits- und Tourismusregion sehr förderli-

che Attribut soll auch zukünftig erhalten bleiben. Neben den gesundheitlichen Bedenken stellen gentechnisch veränderte Pflanzen infolge unkontrollierter Ausbreitung eine Gefahr für die Umwelt dar und bedrohen angrenzende landwirtschaftliche Betriebe durch Verunreinigung ihrer Produkte. Besonders Biobetriebe, die im Barnim immerhin 12 Prozent der landwirtschaftlichen Nutzfläche bearbeiten und viele Arbeitsplätze schaffen, sowie Imker wären durch Gentechnik in ihrer Existenz gefährdet. Der Kreistag soll daher dem Beispiel von Eberswalde, Bernau und Werneuchen folgen, sich zur Gentechnikfreiheit bekennen und dafür aktiv werben.

UTE KRAKAU, Fraktionsvorsitzende Grüne/BdE

Mit Stimmen von SPD, CDU, Bauernverband u.a. lehnte der Kreistag den Beschlußantrag zur Gentechnikfreiheit des Landkreises Barnim mehrheitlich ab.

Doppelte Abstimmungsniederlage

Es gab Zeiten, da ging die Vorgängerpartei der heutigen Linken, die PDS, mit dem Slogan vom »Gläsernen Rathaus« in die Wahlkämpfe. Auf Bundesebene hält man sich noch immer daran, wie die Zustimmung der linken Bundestagsabgeordneten zu einem Antrag der FDP für mehr Transparenz in kommunalen Unternehmen zeigt. Viele Abgeordnete der Linken im Barnim sehen die Forderung nach Transparenz heute anders. So weist z.B. der Aufsichtsratsvorsitzende der Technischen Werke Eberswalde GmbH Volker Passoke (Die Linke) alle Vorstöße nach mehr Transparenz mit gewichtigen Argumenten zurück. Hinsichtlich der Aufsichtsräte kommunaler Gesellschaften kann er sich auf eine unsichere Rechtslage berufen. Anders sieht es bei der aktuellen Diskussion um die Öffentlichkeit des »Zoobeirates« aus. Hier lag diese Frage ausschließlich in der Entscheidung der im Beirat vertretenen Abgeordneten. Und es waren vor allem die Vertreter

der Linken mit dem Kreistagsabgeordneten und Beiratsvorsitzenden André Stahl an der Spitze, die bis zuletzt vehement an der Nichtöffentlichkeit des Gremiums festhalten wollten. Sogar als die Eberswalder Stadtverordnetenversammlung am 25. Juni den Argumenten des Beiratsvorsitzenden mehrheitlich eine Abfuhr erteilt hatte (von den linken Stadtverordneten hatte nur Carsten Zinn für einen öffentlichen »Zoobeirat« gestimmt), hielten die Linken im Kreistag an ihrer Forderung nach Aussperrung der Öffentlichkeit fest – und erlitten erneut eine Abstimmungsniederlage.

Natürlich gehören Abstimmungsniederlagen gerade für Abgeordnete der Opposition zum gewöhnlichen Parlamentsalltag. Nur waren es hier ureigene linke Forderungen, die gegen das Votum der Linken durchgesetzt wurden. Insofern handelt es sich um eine doppelte Abstimmungsniederlage der Linken.

GERD MARKMANN

Barnimer Bürgerpost abonnieren!

Tel.: 0 33 34 / 35 65 42

Fax: 0 18 05 / 22 10 40 973

eMail: redaktion@barnimer-buergerpost.de

Fortsetzung von Seite 1:

»Wir schlittern in eine soziale Katastrophe«

»Die Zahl der intakten Familien nimmt ab«, so Schulz. »Das Brandenburgische Viertel hat sich zum sozialen Krisengebiet entwickelt. Die zweite Generation wächst mit dem Leben von Sozialleistungen auf.« Schon oft habe man, mit Bezug auf die Kita »Arche Noah« auf den wachsenden Bedarf an zusätzlichen Förderungen für die Kinder hingewiesen. Dem Hinweis von Hartwin Schulz, daß in dieser schwierigen Situation mit den zahlreichen sozialen Defiziten der Kinder die Grundschule im Stadtteil im kommenden Schuljahr wieder mit nur zwei Klassen à 29 Schülerinnen und Schüler beginnen sollte und die Räume so klein sind, daß die Lehrerin nicht durch die Reihen gehen kann, wurde inzwischen nachgegangen. Die nachdrücklichen

(Job-Center: »Wir haben keine Arbeit für die Menschen!«), bietet die Kirchengemeinde »Mitarbeit, Evangelium, Gemeinschaft und Beratung in der notwendigen offenen und niederschweligen Weise. Unsere Arbeit im Stadtteil«, so Sozialdiakon Schulz weiter, »ist inzwischen wie ein kleines Räderwerk, das ineinandergreift und einen hohen Wirkungsgrad hat.« Aber den beschriebenen Zahlen sei man personell, räumlich und finanziell nicht gewachsen. Zu viele Menschen benötigen dringend und jetzt Hilfe.

Um diese zu leisten brauche das Bonhoeffer-Haus mehr Platz. Auch die Kita »Arche Noah« sei schon völlig überfüllt und weicht z.T. auch schon auf das Bonhoeffer-Haus aus.

»Nun soll die Zahl der Arbeitslosen weiter ansteigen. Der Stadtteil benötigt einen Solidarpakt. Wer kann ihn schmieden?« In der Stadtverwaltung scheint die Brisanz der Entwicklung im Viertel noch nicht erkannt zu sein. Verwaltungsdezernent Bellay Gatzlaff habe erklärt, daß die Verwaltung die Entwicklung der Innenstadt als Priorität sehe, darauf hoffend, daß von dort die Entwicklung auf die Stadtteile ausstrahle.

»Nur wenn wir alle verstehen, daß das Brandenburgische Viertel in eine soziale Katastrophe schliddert«, so Hartwin Schulz, »können wir nicht mehr unsere Augen verschließen und sagen, wir hätten es nicht gewußt. Mein Schreiben ist darum ein Hilferuf für die Menschen dort.«

Zwei Drittel der Kinder im Viertel sind Hartz IV-abhängig

Forderungen der städtischen Verwaltungsspitze, unterstützt durch den Druck der Öffentlichkeit, zwingen Schulrätin Brigitte Reuscher zum Einlenken. Sollte die Zahl der gemeldeten Erstklässler an der »Schwärzese«-Schule 54 nicht unterschreiten, so deren Versprechen, dürften 3 erste Klassen eingerichtet werden.

Während sich die staatlichen Hilfen auf das Grundausskommen der Menschen beschränken

Freie Oberschule Finow:

Erfolgreiche Bauabnahme



Finow (bbp). Am 10. Juli erfolgte die Bauabnahme für den ersten Bauabschnitt der Freien Oberschule Finow (Erdgeschoss). Die baulichen Auflagen, die als Vorbehalt in dem im Februar erteilten Vorbescheid genannt waren, sind erfüllt. Damit steht der Aufnahme des Schulbetriebes ab 31. August 2009 bauseitig nichts mehr im Wege. Ende Juni hatten sich 14 Schüler verbindlich für die 7. Klasse angemeldet. Damit ist die selbst genannte Mindestschülerzahl deutlich übertroffen und eine wirtschaftlichen Durchführung des Schulbetriebs gewährleistet. Weitere Anmeldungen, so Schulleiter Günter Schumacher, werden selbstverständlich gern angenommen.

Sofortprogramm

In diesen Tagen kam es endlich zu einer neuen Zuspitzung der Diskussion über die Situation im Brandenburgischen Viertel. Wir haben diese Diskussion angeregt und untersetzen sie mit Anregungen und Forderungen. Wir erheben nicht den Anspruch der Vollständigkeit. Bewohner/innen, Träger oder politisch Verantwortliche werden weitere Anregungen geben.

* Im Dietrich-Bonhoeffer-Haus wird wieder ein »Frühstück für Kinder vor der Schule« angeboten, das eng mit Elternarbeit verbunden ist. Das D.-B.-Haus prüft den Aufbau eines (gesunden!) Mittagsangebotes.

* Die Kleiderkammer wird aus ihrem Dornröschenschlaf geweckt und zu einem tatsächlichen »sozialen Hilfverein« ausgebaut.

* Eine jahrelange Forderung wird umgesetzt: die Erarbeitung einer Studie über (depressive) Krankheitsbilder von Menschen im Stadtteil und die Beratung über medizinische Hilfen.

* Dem oberflächlichen Getue von einer Bildungsoffensive müssen Taten folgen. Wir schlagen vor, EIN pädagogisches Thema IN ALLEN Gruppen, Einrichtungen, Elternversammlungen usw. pro Halbjahr zu bearbeiten.

* Der Stadtteil erhält einen sozialen Beirat mit den Besten der Besten (den Kompetentesten der Stadt), die auch etwas entscheiden können. Er hat nur eine Aufgabe: eine Verbindung zur Wirtschaft herzustellen für Ausbildungsplätze, Abschlüsse, Praktikas und Arbeitsplätze.

* Die Parteien und Verwaltungen müssen endlich für sich klären, ob und wie sie den Stadtteil erhalten und stärken werden oder ob sie ihn abschaffen wollen. Die Situation ist JETZT so. Sie kann nicht ausgesessen werden.

* Mit den neusten Zahlen zu Bedarfsgemeinschaften haben wir alle zu akzeptieren: der Stadtteil befindet sich in einem katastrophalen sozial-politischen Zustand.

* Alle Abgeordneten der Stadtverordnetenversammlung und des Kreistages müssen in den Stadtteil eingeladen werden. Ihnen muß die Situation geschildert werden. Mindestens muß es vor den kommunalen Parlamenten eine Beschreibung der Situation geben, nicht nur in den Ausschüssen.

* Das Dietrich-Bonhoeffer-Haus benötigt mindestens einen weiteren Raum für die laufende Arbeit.

* Das äußere Erscheinungsbild des Stadtteils läßt derzeit nicht dazu ein, selbst Ordnung zu halten.

* Der (zielgerichtete-) Einsatz von Fördermitteln im Stadtteil muß nochmal überprüft werden. Er hat sich an der sozialen Situation zu orientieren.

* Wir fordern die Stadtverwaltung und die Abgeordneten auf, einen Aktionsplan für die Schaffung von Arbeitsplätzen in Eberswalde zu beschließen, der über MAE hinausgeht und niederschwellig ist.

* Wir fordern, daß wieder die gesamte Stadt, mit ihren Ortsteilen, in den Blick genommen wird. Kultur ist nicht nur ein Element zur Belebung der Innenstadt.

JENNY WÖRPEL & HARTWIN SCHULZ

Was Schulen ausmacht

Mit Freude nehme ich zur Kenntnis, daß an unseren Schulen einige Millionen investiert werden, um Aussehen und technische Ausrüstung zu verbessern. Daran sind in unterschiedlichem Maße Kreis und Stadt beteiligt. Die Gebäudehülle und die Technik allein machen jedoch noch keine funktionierende Schule aus. Deshalb müssen einige ernste kritische Bemerkungen getätigt werden. Nach meinen Informationen sollte die Klassenstärke 27 Schüler nicht überschreiten. Eine geringere Schülerzahl wäre für die pädagogische Arbeit wünschenswert. In den in Trägerschaft des Landkreises befindlichen Schulen findet das seinen Niederschlag. An der Goetheschule sind 2 Klassen mit 24 Schüler und eine Flex-Klasse mit 26 Schüler, an der Sellheimschule je ein Klasse mit 18 bzw. 17 Schüler vorgesehen. Eine gute Entscheidung. Die in Trägerschaft der Stadt Eberswalde befindlichen Schulen haben in der GS Finow und in der GS im BBV je 2 Klassen mit 28 Erstansmeldungen. Beachtet man daß es eventuell Kinder gibt welche die Klasse wiederholen müssen erhöht sich die Schülerzahl. Besonders zu denken sollte es geben wenn wir den Migrationshintergrund im BBV berücksichtigen. In beiden Schulen sollte unverzüglich eine 3-zügigkeit organisiert werden. Die Kinder sollten es uns wert sein.

HANS PIEPER, Die Linke, Stadtverordneter

Grüner Pfeil entsorgt?

Eberswalde (bbp). Im Baudezernat der Stadt Eberswalde ist Anfang des Jahres ein Konzept zur Verkehrsorganisation in der Innenstadt erarbeitet worden. Vordergründiges Ziel des Konzepts ist, den innerörtlichen Durchgangsverkehr auf den umstrittenen Eichwerderring zu lenken, um so die Breite Straße im Bereich des Marktplatzes zu entlasten. Zugleich sieht Baudezernat Dr. Gunther Prüger die Aufgabe, eine Verkehrsverlagerung auf Nebenstraßen zu verhindern. Offenbar zu diesem Zweck soll auch die bisherige Grüne-Pfeil-Regelung an der Einmündung der Puschkin-Straße in die Eisenbahnstraße (am Volksbankgebäude) dienen. Gründe der Verkehrssicherheit scheiden hier aus, da Rechtsabbieger aus der Eisenbahnstraße in die Puschkinstraße während der Rotphase keine Fußgänger oder Radfahrer gefährden können. Der willkürlich Wegfall des Grünpfeils würde das Abbiegen in die Puschkin- und die anschließende Friedrich-Ebert-Straße erschweren. Die aktuellen Planungen zum Innenstadterkehrskonzept wurden am 10. Februar 2009 im Ausschuß für Bau, Planung und Umwelt als »Information der Verwaltung« den Ausschußmitgliedern vorgestellt. Eine Beschlussfassung durch die Stadtverordneten steht derzeit nicht auf der Tagesordnung. Das gültige Innenstadterkehrskonzept wurde durch die Stadtverordnetenversammlung im Mai 2005 beschlossen.

Im zweiten Anlauf klappte es

CDU und FDP/Bürgerfraktion: Eichwerderring und Hausbergtrasse koppeln

Eberswalde (bbp). Nachdem im Juni der Verwaltungsvorschlag zur weiteren Planungsvergabe in Sachen Eichwerderring im Hauptausschuß mehrheitlich gescheitert war und Baudezernat Dr. Prüger in der StVV-Sitzung an die Abgeordneten appellierte, hatten die Fraktionen der CDU und FDP/Bürgerfraktion für den Hauptausschuß am 10. Juli einen geänderten Vorschlag auf den Tisch gelegt. »Die Verwaltung wird beauftragt«, heißt es darin, »die Planungen zum Eichwerderring auf Grundlage des gültigen Verkehrsentwicklungsplans mit weiterführenden Trassenplanungen (z.B. Hausbergtrasse oder Schellengrund) zu koppeln. Die Planungen am Eichwerderring sollen als originäres Ziel die komplette Führung der Trasse vom Anschluß Friedensbrücke bis zur Freienwalder Straße haben. Als Zwischenlösung ist der Abschnitt Knoten Friedensbrücke (Kreisverkehr) bis Knoten Breite Straße/E.-Mühsam-Straße/Eichwerderstraße zu realisieren.« Nach kontroverser Diskussion ging dieser Vorschlag u.a. mit den Stimmen der Stadtverordneten von CDU, FDP/Bürgerfraktion und der Linken durch.

Durch die verbale Kopplung der verschiedenen Bauphasen änderte sich zwar wenig an der Gesamtsituation, dennoch reichte es hin, anschließend im zweiten Anlauf auch den im Vormonat abgelehnten Verwaltungsvorschlag zur Vergabe von Planungsleistungen für den Eichwerderring durch den Hauptausschuß zu

bringen. Verteilt auf drei Jahre umfassen die Planungsleistungen eine Summe von 102.771 Euro, davon 18.950 Euro in diesem Jahr. Auftragnehmer ist das Ingenieurbüro für Bauplanung Eberswalde GmbH (IBE). Als »unglücklichen Zusammenhang« werteten Beobachter, daß der IBE-Geschäftsführer Uwe Grohs als Stadtverordneter der CDU eben jener Fraktion angehört, die zu den Einreichern der Vorlage gehörte, die letztlich den Weg für die Vergabe der Planungen frei machte.

Insgesamt soll der Ausbau des Eichwerderrings etwa 2,7 Millionen Euro kosten und nach den Vorstellungen der Bauverwaltung in den Jahren 2011/12 realisiert werden. Knapp 1,6 Millionen Euro sollen mittels Fördergelder aufgebracht werden. Der Eigenanteil der Stadt ist mit 461.000 Euro ausgewiesen, weitere 600.000 Euro als »sonstige zweckgebundene Einnahmen«.

Die zweite Stufe der »östlichen Altstadtumfahrung« wird auch im Verwaltungsvorschlag thematisiert. Diese solle »auch im weiteren Verlauf der Breiten Straße zu den notwendigen Entlastungen führen und wiederum sensible Bereiche des Eichwerderrings entlasten«. Erste Untersuchungen zur Machbarkeit wurden am 9. Juni im Ausschuß für Bau, Planung und Umwelt vorgestellt. Der Beschluß über die Vorzugsvariante werde, so die Bauverwaltung, für September 2009 vorbereitet.

Grüne/B90 Barnim zum Eichwerderring:

Taugt nicht als erster Schritt

Umgehend Alternativen prüfen und in Angriff nehmen

Bündnis 90/Die Grünen setzen sich seit vielen Jahren für eine Verkehrsberuhigung im Eberswalder Zentrum ein. Die aktuellen Pläne der Stadtverwaltung zum Ausbau des Eichwerderrings als ersten Schritt zur Zentrumsentlastung lehnen wir jedoch ab. Der Eichwerderring, selbst Innenstadt- und Wohnbereich, ist für den LKW-Verkehr nicht geeignet. Eine Verkehrsbelastung mit rund 12.000 Fahrzeugen pro Tag wäre für die betroffenen Anwohner und die städtischen Entwicklungsziele im Bereich Finowkanal unverträglich. Eine sinnvolle Weiterführung des Eichwerderrings ist bisher nicht konkret geplant, geschweige denn genehmigt und finanziert. Die Verkehrsführung über den Ring würde daher zu einer Dauerlösung auf unabsehbare Zeit.

Die Planungen für eine B 167 neu im östlichen Bereich der Stadt laufen noch immer. Bisher ist nicht einmal das Raumordnungsverfahren abgeschlossen. Zu möglichen Trassenführungen gibt es selbst innerhalb der Behörden konträre Meinungen. Ob diese Umgehung je gebaut wird, ist ungewiß. Sollte sie tatsächlich kommen, werden noch viele Jahre bis zur

Fertigstellung vergehen. Die Stadt Eberswalde muß daher unabhängig von dieser Planung endlich eine tragfähige städtische Lösung zur Altstadtumfahrung entwickeln. Im aktuellen Verkehrsentwicklungsplan dafür vorgeschlagene Linienführungen mit zusätzlichen Finowkanalquerungen sollten umgehend auf ihre Umwelt- und Sozialverträglichkeit geprüft und in Angriff genommen werden.

KARL-DIETRICH LAFFIN

Familienfest

Im Vereinshaus in der Havellandstr. 15 (ehem. Kita »Spatzennest«) gibt es am 18. Juli von 13 - 19 Uhr ein Familienfest. Der Verein »Braun-Weiße Piraten e.V.« lädt damit zur offiziellen Einweihung ihrer Vereinsräume ein. Vom 20. Juli bis 28. August bietet der Ferienkalender des Kontaktbüros »Soziale Stadt« (Ansprechpartnerin Cornelia Sprengel-818245) des Bürgerzentrums im Brandenburgischen Viertels interessante Veranstaltungen an, zu denen alle Kinder mit Eltern und Großeltern herzlich eingeladen sind.

CARSTEN ZINN

Zwischen Pest und Cholera

»Was in Eberswalde in Sachen Stadtplanung läuft ist absurd«

Eberswalde (bbp). Die Fraktionen in der Stadtverordnetenversammlung Eberswalde waren von der Verwaltung aufgefordert worden, sich zu den im Frühjahr vorgestellten Varianten einer Bebauung des Kirchhanges am Marktplatz zu positionieren. Die meisten Fraktionen fielen auf den Trick herein, mit dem sich u.a. Versicherungsvertreter bei ihren potentiellen Kunden Termine erschleichen: Darf ich am Dienstag um 18 Uhr oder am Mittwoch um 16 Uhr zu Ihnen kommen... Die Nullvariante kommt da nicht vor.

Der bündnisgrüne Stadtverordnete Dr. Andreas Steiner ließ sich davon nicht beeindrucken. »Hier soll man, wenn es nach Dr. Prüger geht, meines Erachtens nur zwischen Pest und Cholera unterscheiden können«, meint Steiner. »Aus diesem Grunde werde ich keiner Variante zustimmen. Einer weiteren Zubetonierung der letzten Grünanlagen der Stadt werde ich meine Zustimmung verweigern.« Aus der Fläche könne man viel Sinnvolles gestalten und ein Kleinod für die Naherholung daraus machen. Es bestehe keine Notwendigkeit, neue Wohnhäuser im Innenstadtbereich zu bauen, angesichts des

vielen Leerstands in der Stadt. Demnächst werden die Töpferhöfe als Wohnanlage werden demnächst gebaut, »was ich hinter der Rathauspassage auch durchaus für sinnvoll halte. Gewerblich genutzte Gebäude haben wir auch zuhauf, die nicht ausgelastet sind. Zudem stößt die Zukleisterung der letzten offenen Flächen im Eberswalder Stadtzentrum auf breite Ablehnung unter den Bürgerinnen und Bürgern und insbesondere der Anwohner. Eine Verbesserung der Wohnqualität ist für die Anwohner nicht zu erwarten, sondern genau das Gegenteil. Mehr Feinstaub, miefige Luft, kaum Luftaustausch. Nein danke!«

Was zur Zeit in Eberswalde in Sachen Stadtplanung laufe, sei schon absurd. »Da wird mit Fördermitteln eine aufwendige und teure Parkanlage (vor dem Torbogenhaus, Messingwerksiedlung) auf dem ohnehin grünen 'Dorf' Finow neu geschaffen, die entsprechend Ihrer Pflegeintensität zukünftig erhebliche Folgekosten nach sich ziehen wird und auf der anderen Seite soll im verdichteten Stadtzentrum (in den letzten Jahren wurde hier viel gebaut: Kreishaus, Parkhaus etc.) dann wieder mit Fördermitteln eine für das Stadtklima wertvolle Grünanlage, der Kirchhang, vernichtet werden.«

Verzögerung durch Altlasten

Eberswalde (bbp). Seit gut einem halben Jahr ist die sogenannte Mikadobrücke über die Schwärze fertig. Der Weg zwischen Michaelis- und Goethestraße ist aber nach wie vor gesperrt. Inzwischen kamen die Ursachen für die Verzögerungen an die Öffentlichkeit. Bei Untersuchungen im Herbst 2008 waren auf dem angrenzenden Gelände, das für den Bau eines Kinderspielplatzes vorgesehen war, hochgradige Bodenkontaminationen festgestellt worden. Die Kontaminationen liegen im Grundwasser- und Grundwasserschwankungsbereich, so daß bei den hohen Konzentrationen, die analysiert wurden, davon ausgegangen werden kann, daß ein Grundwasserschaden vorliegt. Zur Vorbereitung der auf Grund des vorliegenden Grundwasserschadens und der geplanten Nutzung dringend notwendigen Sanierung der gesamten Fläche wurde eine Sanierungsplan erstellt, der mit Datum vom 16.06.2009 vom Landkreis Barnim als Untere Bodenschutzbehörde für verbindlich erklärt wurde (Sanierungsverpflichtung). Die betroffenen Grundstücke gehören der Stadt Eberswalde und dem Land Brandenburg. Beide schlossen daher eine Vereinbarung zur Altlastensanierung, die auch Regelungen zur Teilung der mit 240.000 Euro



veranschlagten Kosten beinhaltet. Demnach werden 80 Prozent der Kosten durch das Land und 20 Prozent, das sind 48.000 Euro, durch die Stadt übernommen. Der städtische Hauptausschuß befaßte sich am 10. Juli mit der Vereinbarung. Nach erfolgter Sanierung wird die Stadt die landeseigenen Grundstücke erwerben und den geplanten Grünzug mit Spielplatz errichten. Die Altlastensanierung soll im August 2009 durchgeführt werden. Für die Gesamtmaßnahme sind im Haushalt 2009 etwa eine Dreiviertelmillion Euro geplant.

Podiumsdiskussion mit Cornelia Pieper (MdB)

Cornelia Pieper (MdB) lädt zum 21. Juli zu einer Podiumsdiskussion ein. Um 18.00 Uhr referiert Frau Pieper im Großen Saal des Paul-Wunderlich-Hauses zum Thema Bildungspolitik. Anschließend haben die Besucher, unter Moderation von Gregor Beyer, die Möglichkeit Frau Pieper in einer Podiumsdiskussion Fragen und Anregungen zum Thema zu stellen. **SERGEJ MATIS**

Schillertreppe

Eberswalde (bbp). Der Hauptausschuß der Stadt Eberswalde stimmte auf seiner Sitzung am 10. Juli der Annahme einer Sachspende in Höhe von ca. 9.000 Euro vom Verein Partner für Gesundheit e. V. zu. Der Veranstalter des Stadtlaufes hatte die Mittel im Jahr 2008 erwirtschaftet. Sie sollen als Sachspende für eine Teilrestaurierung der unter Denkmalschutz stehenden Schillertreppe verwendet werden. Unter anderem sollen die 4 unteren Treppentramen mit Krone, Adler und Eichenlaub restauriert werden. Die denkmalrechtliche Erlaubnis für die Restaurierung liegt nach Auskunft der Stadtverwaltung vor. Die Arbeiten sollen noch im Sommer 2009 begonnen werden.

Solarflugplatz

Eberswalde (bbp). Der Eberswalder Verwaltungsdezernent Bellay Gatzlaff nutzte die Sitzung der Stadtverordneten am 25. Juni, um über die beabsichtigte Einleitung eines »vorhabenbezogenen Bebauungsplans« für den Südteil des Flugplatzes Finow zu informieren. Dabei geht es um das Vorhaben, auf dem Gelände großflächig Photovoltaikanlagen zu errichten. Dabei sei während der Bauarbeiten eine verstärkte Nutzung der Zufahrt über die Biesenthaler Straße geplant. Errichtet werde die Anlage von einem privaten Investor, so Gatzlaff auf Nachfrage der Stadtverordneten Birka Gaebel (SPD). Karen Oehler (Bündnis 90/Grüne) fragte, ob in diesem Zusammenhang ein Ausbau der sogenannten Telekomstraße beabsichtigt sei. Dies wurde von Baudezernent Dr. Gunther Prüger verneint.

Künftig mehr Informationen

Eberswalde (bbp). Im Hauptausschuß am 10. Juli fragte Albrecht Triller (Die Fraktionslosen) den Bürgermeister, wie dieser seine kommunalverfassungsgemäße Verpflichtung zur Information der Abgeordneten in seiner Eigenschaft als Gesellschafter der Technischen Werke Eberswalde GmbH (TWE) sehe. In § 97 Absatz 7 der Kommunalverfassung heißt es, daß »über alle Angelegenheiten von besonderer Bedeutung frühzeitig zu unterrichten« ist. Triller fragte, ob die 2,9 Millionen Euro Verlust der TWE im Jahr 2008 nicht hinreichender Grund für eine solche Unterrichtung wäre. Der Verwaltungsdezernent Bellay Gatzlaff antwortete, daß mit den Informationen der Geschäftsführer von TWE und WHG in den Gremien der Stadtverordnetenversammlung und dem jährlichen Beteiligungsbericht dem Genüge getan werde. Bürgermeister Boginski versprach darüber hinaus, er wolle künftig entsprechend informieren, ohne jedoch konkreter zu werden.

Beratung für Kriegsdienstverweigerer

mit Thomas Lehmann
im Begegnungszentrum »Wege zur Gewaltfreiheit«,
16225 Eberswalde, Brautstraße 34, Tel. 03334/22398

Behördenwillkür? Entgegen beschlossener Konzepte

In der aktuellen Krise ist es sicherlich positiv zu werten, wenn ein Discounter wie »Plus« in Eberswalde in einen neuen Standort investiert. Angesichts des Mitbewerbers »Penny«, welcher an der Spechthausener Kreuzung an dominanter gut sichtbarer Stelle gebaut hat, ist auch verständlich, daß »Plus« vom bisherigen Standort in der zweiten Reihe die 80 Meter in die erste Reihe wechseln will. Daß die Behörden – gerade jetzt in der Krise – nicht als Wirtschaftsverhinderer dastehen wollen, kann man durchaus auch noch nachvollziehen.

Allerdings hört man immer wieder, daß es sich bei der Bundesrepublik Deutschland um einen Rechtsstaat handeln soll. In einem Rechtsstaat gelten – wenn ich das richtig verstanden haben sollte – Gesetze und darauf beruhende Verordnungen anstelle von Willkür.

In Brandenburg verbietet die Baumschutzverordnung das Fällen von Bäumen in der Vegetationsperiode zwischen 15. März und 15. September. Diese Verordnung ist nicht aus Jux und Tollerei erlassen worden – nehme ich mal an. Hintergrund dürfte der Naturschutz sein, insbesondere der Schutz der Singvögel, die in Bäumen nisten und derzeit ihren Nachwuchs betreuen oder auch schon mit einer zweiten Brut beschäftigt sind.

Mit der Fällung der 54 Bäume sind sicher eine Vielzahl solcher Niststätten samt Gelege vernichtet worden. Es kann Gründe geben, warum so etwas in Kauf genommen werden muß. Die Gesetze und Verordnungen sehen Ausnahmen vor. Der vorliegende Fall ist offenbar so eine Ausnahmeregelung. Erlassen durch die untere Naturschutzbehörde des Landkreises Barnim, einer Unterabteilung der Baubehörde. Solche Ausnahmen sind möglich, wenn der Naturhaushalt oder das Landschaftsbild durch die durchgeführten Maßnahmen nur geringfügig beeinträchtigt werden, oder wenn die Maßnahmen aus »Gründen des Allgemeinwohls« notwendig sind. Dabei schreibt das Brandenburger Naturschutzgesetz eine Mitwirkungsmöglichkeit der Naturschutzverbände vor. Das Landschaftsbild wird durch den Kahlschlag erheblich beeinträchtigt. Gründe des Allgemeinwohls, die eine Fällung der Bäume in der Vegetationszeit erfordern, sind nicht erkennbar. Schließlich scheint es, daß die Naturschutzverbände von den Fällungen erst aus der Zeitung erfuhren – mit Beteiligung im Sinne des Gesetzes dürfte das wenig zu tun haben.

Hier liegt der Verdacht nahe, daß ziemlich rabiät und willkürlich gegen bestehende Gesetze und Verordnungen verstoßen wurde. Allerdings nicht durch den Bauherrn und nicht durch die ausführenden Baubetriebe – sondern durch die Behörde, die eigentlich dafür zu sorgen hat, daß die Gesetze und Verordnungen eingehalten werden. Die betreffende Behörde selbst wird das natürlich anders sehen...

GERD MARKMANN
(aus *bbp-forum*, 26.6.2009)

Eberswalde (bbp). Das 2007 präsentierte Einzelhandels- und Zentrenkonzepts (EZK) der Stadt Eberswalde entstand aufgrund der Tendenz, daß die großen Einzelhandelsketten ihre Filialen an die Hauptverkehrsstraßen verlegen, um ihr Kundenpotential zu vergrößern. Verlierer sind dabei die Bewohner der kleineren Stadtteile, die weitere Fußwege zu den Ladengeschäften in Kauf nehmen müssen. Ziel der Stadt müsse es daher sein, hieß es damals, die gewachsenen Zentren zu erhalten und weiterzuentwickeln. Unterstützt werde das durch eine Neuregelung im Baugesetzbuch, nach der in ungeplanten Innenbereichen die Ansiedlung von Läden verboten sind, die eigentlich in das jeweilige Stadt- bzw. Stadtteilzentrum gehören und bei Ansiedlung an anderer Stelle dieses schwächen. Diese Steuerungsmöglichkeit ist auf Vorhaben gemünzt, die knapp unter der Großflächigkeitsgrenze von 800 m² Verkaufsfläche liegen, und kommt im Rahmen des Baugenehmigungsverfahrens zum Zuge. Für darüberliegende Verkaufsflächengrößen ist ein Bebauungsplan vorgeschrieben. Für die Stadt ergebe sich daraus die Möglichkeit, neue Bauvorhaben abzulehnen, wenn sie nicht zentrenrelevant sind.

An der Kreuzung Eberswalder Straße/Spechthausener Straße haben Stadtverwaltung und Stadtverordnete in der Vergangenheit die Entwicklung eines Handels- und Gewerbezentrum zugelassen, das den Prämissen des EZK zuwiderläuft. So wurde erst vor wenigen Jahren der Bau eines Lebensmittel- (Penny) und eines Getränkemarktes (Hoffmann) zugelassen, ob-

wohl es in dem zuvor beschlossenen Bebauungsplans zunächst nur um die Errichtung eines Möbelmarktes ging, der schließlich in Bernau günstigere Bedingungen für sich sah.

Nach dem Wechsel an der Rathauspitze im Jahr 2006 sollte ein solches Verfahren ein für allemal der Vergangenheit angehören – hoffte man. Noch 2007 wurde die Aufstellung eines Bebauungsplanes für das Areal südöstlich der Kreuzung beschlossen, mit der auf dieser Fläche eine Entwicklung entsprechend des EZK gewährleistet werden sollte.

Doch zwei Jahre später wurden die Stadtverordneten und die Bürgerinnen und Bürger davon überrascht, daß auf der Fläche des ehemaligen Hüttengasthofes nordwestlich besagter Kreuzung in der Vegetationszeit sämtliche Bäume gerodet wurden. Es stellte sich heraus, daß dort ein Lebensmitteldiscounter bauen will. Die Firma »Plus« will ihre bereits an der Kreuzung ansässige Filiale um 80 Meter näher an die Hauptstraße verlegen. Im Rahmen der Baugenehmigung, verlautete seitens des Baudezernates, sei das nicht zu verhindern gewesen. Allerdings gehörte das Grundstück zuvor der stadt-eigenen Wohnungsbau- und Hausverwaltungsgesellschaft. Die Stadt hätte also durchaus Einfluß auf die weitere Nutzung des Areals nehmen können.

Als Bürgermeister Friedhelm Boginski in der jüngsten Hauptausschußsitzung daraufhin angesprochen wurde, erklärte er, daß mit dem Bau des Plusmarktes auf der Nordseite ja nur ein Umzug erfolge, aber kein zusätzlicher Markt entstehe.

Fehlentwicklung wird fortgesetzt

Die Einflußnahme der Stadt auf Standortentscheidungen des großflächigen Einzelhandels ist offensichtlich sehr gering. In den letzten Jahren entstanden neue Märkte an stark frequentierten Bundesstraßen. Im Gegenzug wurden Standorte in Wohngebietsnähe aufgegeben. Ein aktuelles Beispiel für diesen Trend ist der Bereich Eisenspalterei. Die ersten Märkte entstanden dort vor circa 10 Jahren. Nun



Die Entwicklungschancen der denkmalgeschützten Industrielandschaft am Finowkanal werden mit der praktizierten Ansiedlungspolitik ignoriert.

beabsichtigt ein Lebensmitteldiscounter von der Südseite der B167 auf die Nordseite umzuziehen. Das entsprechende Baugrundstück befand sich bis vor kurzem im Eigentum des städtischen Wohnungsunternehmens. Es wäre also durchaus möglich gewesen, diese Entwicklung zu verhindern. Doch trotz Widerspruchs im Bauausschuß wurde das Grundstück ohne Einbeziehung der Stadtverordnetenversammlung verkauft. Der Baubeginn ist in Kürze zu erwarten. Per Ausnahmegenehmigung wurden durch die Untere Naturschutzbehörde umfangreiche Baumfällungen während der Vegetationszeit erlaubt. Die vorgesehene Nutzung widerspricht den ursprünglichen Intentionen zur Erlebarmachung von Industriedenkmalen in diesem Bereich. Der nahe gelegene Finowkanal und der Familiengarten werden weiter ins Abseits gestellt.

Die Akteure der Stadt Eberswalde sollten sich endlich der Bedeutung des Finowkanals als entscheidendes Alleinstellungsmerkmal für die Stadtentwicklung bewußt werden und in der Stadtentwicklung weitsichtiger agieren.

KAREN OEHLER, Fraktionsvorsitzende

Bürgerinitiative schreibt an die schwedische Regierung:

Vattenfalls Image verbessern

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident Reinhold, sehr geehrte Frau Ministerin Olafson, sehr geehrter Herr Minister Calgren, wir konnten der Presse entnehmen, daß Sie sich als Eigentümer des Energiekonzerns Vattenfall stärker darum bemühen wollen, den Konzern auf Investitionen im Bereich der erneuerbaren Energien festzulegen, um das schlechte Bild des Konzerns insbesondere in Ostdeutschland und Polen zu verbessern. Wir möchten Ihnen für diese Initiative danken und Sie in diesem Vorhaben bestärken.

Es ist tatsächlich so, daß das rücksichtslose Vorgehen Ihres Konzerns gegen alle Bürgerinteressen und Naturschutzbelange in Brandenburg, das früher positive Bild Ihres Landes grundlegend zerstört hat.

Unsere Bürgerinitiative wehrt sich gegen den von Vattenfall geplanten Bau einer 380-kV-Höchstspannungsleitung mitten durch das durch die UNESCO anerkannte Biosphärenreservat Schorfheide-Chorin und mitten durch die Stadt Eberswalde. Auch die Intervention der UNESCO konnte Vattenfall nicht von seiner zerstörerischen Planung abbringen.

Vattenfall behauptet, diese Leitung diene ausschließlich dem Transport von Windenergie. Sie können sehr gut beurteilen, daß das eine Lüge ist, da Sie wissen, daß Ihr Konzern in Deutschland nur 0,04 Prozent seiner Energie aus Windkraft gewinnt. Auch können die Planungen anderer Konzerne zum Aufbau von Windenergieanlagen in den nächsten zehn/fünfzehn Jahren im Einzugsbereich die geplante Leitung nicht rechtfertigen. Stattdessen geht es Ihrem Konzern darum, seine Kohle- und Atomkraftwerkskapazitäten im osteuropäischen Raum sowie das in Polen an der Grenze zu Brandenburg geplante Atomkraftwerk Gryfino an das süd- und westeuropäische Netz anzuschließen.

Die Grenzwerte für elektromagnetische Belastungen in Ihrem Land gehören zu den strengsten in Europa, sie sind fünfhundert bis tausendfach niedriger als in Deutschland. Sie haben konsequent bereits seit 1993 Hochspannungsleitungen aus dem Nahbereich von Schulen und Kindergärten verbannt. Sie wissen genau um die potentiellen Gefahren. Warum lassen Sie es zu, daß Ihr Konzern bei uns mitten durch ein Wohngebiet in Eberswalde eine Höchstspannungsleitung zieht, unter der Kinder ganztägig spielen und damit einem extremen Krebsrisiko ausgesetzt sind?

Sie haben in Ihrem Land zwei Biosphärenreservate der UNESCO, das Torne-See-Gebiet und Kristianstand Vattenrike. Letzteres ist ein wichtiges Rastgebiet für Kraniche. Unser Gebiet gilt als Kranichland, hier rasten nicht nur wie bei Ihnen die Kraniche, hier haben sie auch viele Brutplätze. Sie würden es niemals zulassen, daß Ihr Konzern mitten durch Kristi-

anstand Vattenrike eine solche Höchstspannungsleitung zieht, an der streckenweise pro Kilometer und Jahr 400 bis 700 Vögel verenden. Warum lassen Sie zu, daß Ihr Konzern das Biosphärenreservat Schorfheide-Chorin bei uns so nachhaltig zu zerstören sucht?



Wir bitten Sie eindringlich, helfen Sie uns, den Menschen und der Natur, hier in Brandenburg, stoppen Sie dieses Vorhaben ihres Konzerns.

Wir wissen, daß dies zunächst Aufgabe unserer Regierung und unserer Politiker in Deutschland und Brandenburg gewesen wäre. Bisher sind diese aber der Politik von Zuckerbrot (»Wir finanzieren Euer Sommerfest« usw.) und Peitsche (»Wir entziehen Euch Arbeitsplätze« usw.) Ihres Konzerns erlegen.

Noch allerdings ist das Genehmigungsverfahren für diese Leitung Ihres Konzerns nicht eröffnet, noch kann die Genehmigung versagt werden. Sorgen Sie mit dafür, daß es nicht zu diesem Vorhaben kommt, verhalfen Sie unseren Verantwortlichen zu dem Rückgrat, diese Leitung die Genehmigung zu versagen, bringen Sie Ihren Konzern von seinem zerstörerischen Vorhaben ab, werden sie so wieder zu der positiven Orientierung, die Ihr Land im Bild der hier lebenden Menschen früher immer war!

Am Donnerstag, den 3. September 2009 veranstalten wir um 19 Uhr in der Altsadthalle Angermünde eine Veranstaltung mit Podiumsdiskussion, zu der wir auch den Ministerpräsidenten Brandenburgs, Herrn Platzeck, eingeladen haben. Vielleicht haben Sie ja die Möglichkeit, selber oder durch einen Vertreter Ihrer Regierung die Position Schwedens zu dem Vorhaben Ihres Konzerns darzulegen. Sie sind herzlich dazu eingeladen, und wir würden uns natürlich über eine entsprechende Teilnahme sehr freuen.

Wir haben die Hoffnung, bei Ihnen Gehör und Unterstützung zu finden, hoffen auf Ihre Zusage zur Teilnahme an dieser Veranstaltung und verbleiben mit freundlichen Grüßen,

THOMAS PFEIFFER,
Sprecher der Bürgerinitiative

Bürgerinitiative »Biosphäre unter Strom – Keine Freileitung durchs Reservat«, c/o Thomas Pfeiffer, Buchholzer Str. 22, 16230 Chorin OT Serwest, Tel. 033364-509001, e-Mail: biosphaere@trassenfrei.de, Spendenkonto: T. Pfeiffer für »Biosphäre unter Strom«, Kto.-Nr. 60697949, BLZ 15091704 Volksbank Uckermark

Offene Briefe

Chorin (bbp). Mit Offenen Briefen hat sich die Bürgerinitiative »Biosphäre unter Strom – Keine Freileitung durchs Reservat« Ende Juni an die schwedische Regierung und den Brandenburgischen Ministerpräsidenten Platzeck gewandt. Vattenfall komme wegen seiner menschen-, natur- und klimafeindlichen Geschäftspolitik nicht aus den Schlagzeilen, wurde gerade erst von der schwedischen Regierung »angemahnt« und will trotzdem für seine Planung der Uckermarkleitung mitten durchs Biosphärenreservat Schorfheide-Chorin und die Stadt Eberswalde die Genehmigung Brandenburgs. »Wir setzen uns dafür ein«, sagt der Sprecher der Initiative Thomas Pfeiffer, »daß ihnen diese Genehmigung versagt wird, deshalb laden wir neben den im September zur Wahl stehenden Parteien auch einen Vertreter der schwedischen Regierung und Ministerpräsident Platzeck zu einer Podiumsdiskussion in die Altsadthalle in Angermünde ein.«

In ihrem Brief an Ministerpräsident Platzeck erinnert die Bürgerinitiative an das Bemühen der Landesregierung, sich über Bundesrat und Bundestag für eine modellhafte Erdverkabelung der Uckermarkleitung im Rahmen des Gesetzes zur Beschleunigung des Netzausbaus einzusetzen. Dieses Vorhaben scheiterte am Widerstand Vattenfalls und seiner Lobbyisten in der Bundespolitik. An den Gründen, die einen Bau der Leitung mitten durch das Biosphärenreservat seine umliegenden Regionen und Eberswalde verbieten, habe sich aber nichts geändert. Weder der Schutz der einmaligen Kulturlandschaft, noch der Natur- und insbesondere Vogelschutz noch der Schutz der Bevölkerung in Eberswalde und einigen direkt betroffenen Dörfern ließen eine Genehmigung der von Vattenfall beantragten Freileitung zu.

»In der logischen Konsequenz Ihrer Kabinettsentscheidung für eine Erdverkabelung der Uckermarkleitung fordern wir Sie hiermit auf, einen entsprechenden Kabinettsbeschuß zum Versagung der Genehmigung der von Vattenfall beantragten Freileitungsvarianten zu fassen. Dieser politische Beschuß kann zwar den rechtlichen Ablauf des Planfeststellungsverfahrens nicht unmittelbar beeinflussen, würde aber sowohl Vattenfall als auch der federführenden Genehmigungsbehörde im Wirtschaftsministerium deutlich signalisieren, daß das Land Brandenburg die Schutzgüter in der betroffenen Region höher bewertet als die Wirtschaftsinteressen der Energiekonzerne.« Noch könne die Regierung erreichen, daß Vattenfall von dem Vorhaben in der geplanten Form Abstand nimmt. Mit der Erdverkabelung und der Modernisierung bereits bestehender Leitungen stünden machbare Alternativen zur Verfügung. »Die Menschen in unserer Region haben, insbesondere vor den Landtagswahlen und vor oder im Rahmen des anstehenden Planfeststellungsverfahrens, ein Recht von der Regierung und den zur Wahl stehenden Parteien zu erfahren, was sie gewillt sind, gegen den Bau der Uckermarkleitung durch die Region zu unternehmen.«

Stadtverwaltung Eberswalde:

Haustarifvertrag läuft aus

Eberswalde (bbp). Der für die Angestellten der Eberswalder Stadtverwaltung geltende Haustarifvertrag soll nach Auffassung des zuständigen Verwaltungsdezernenten Bellay Gatzlaff nach Auslaufen nicht erneuert werden. Ab 2012 würde demnach für die städtischen Beschäftigten wieder der allgemeine Tarifvertrag des Öffentlichen Dienstes gelten. Seit dem Jahr 2005 arbeiten die Stadtangestellten aufgrund des Haustarifvertrags nur 38 Stunden in der Woche, das sind 95 Prozent der Regelarbeitszeit. Im Gegenzug verzichten sie auf 5 Prozent ihres Gehalts. Der städtische Haushalt wird dadurch um ca. 500.000 Euro pro Jahr entlastet.

Daß trotz des enger werdenden Finanzkorsetts künftig auf den Haustarifvertrag verzichtet werden kann, begründet Gatzlaff mit dem verstärkten Ausscheiden von städtischen Bediensteten in den nächsten Jahren insbesondere aufgrund der abgeschlossenen Altersteilzeitverträge. Zugleich werde sich der Geburtenknick von Anfang der 90er Jahre bemerkbar machen, so daß Gatzlaff sogar einen Mangel an qualifiziertem Nachwuchspersonal befürchtet. Der aktuelle Abiturjahrgang war der letzte »born in the GDR«.

Richtigstellung

Bernau/Schwedt (bbp). Bezugnehmend auf die Meldung »DVU und 50Plus/BVB« (BBP 7/2009) hat Péter Vida um die Richtigstellung gebeten, daß er sich »zu keiner Zeit am Aufbau der Partei 50Plus in Brandenburg beteiligt« habe. »Ich habe bspw.«, so Vida, »kein einziges Mitglied erworben. Sämtliche Kandidaten der Listenvereinigung BVB/50Plus, die ich zugegebenermaßen in großer Zahl erworben habe, sind parteilos oder Mitglied von BVB«.

Der stellvertretende Landesvorsitzende von 50Plus Wilfried Voß bestätigte in einem Brief an die BBP-Redaktion, daß 50Plus zeitweise Herausgeber der in Bernau erschienenen »Unabhängigen Zeitung« war. Peggy Müller sei damals »Chefredakteurin« gewesen, »aber zu der Zeit nicht Mitglied der DVU. 50Plus hat inzwischen die Herausgeberschaft der 'Unabhängigen Zeitung' beendet«. Auch Voß widerspricht der Aussage, daß Péter Vida oder Dr. Weßlau führend am Aufbau von 50Plus beteiligt gewesen wären. Die Partei habe nach der Landtagswahl 2004 selbst Kontakt zu Bürgerinitiativen in Brandenburg gesucht, mit dem Ziel einer Zusammenfassung. Dies sei teilweise gelungen und mündete im Jahr 2008 in den »Brandenburger Vereinigten Bürgerbewegungen/BVB«, mit denen 50Plus gemeinsam zu den Kommunalwahlen antrat. Etwa 30 Gruppierungen hätten damals zu BVB gehört. »Aus Gründen, die hier nicht näher zu erläutern sind«, so Voß, »hat sich 50Plus entschlossen, nicht mit BVB, sondern allein zu den Landtagswahlen anzutreten.«

Kein Nazizentrum in Biesenthal

Biesenthal (bbp). Aufgrund eines bauordnungsrechtlichen Nutzungsverbots für das zentrale Gebäude des ehemaligen Asylbewerberheims in Biesenthal sind dort künftig keine größeren Veranstaltungen mehr gestattet. Das zu DDR-Zeiten von der Funkaufklärung des Ministeriums für Staatssicherheit genutzte Gelände war jüngst in die Schlagzeilen geraten, weil die NPD dort ein Schulungszentrum einrichten wollte. Schulungen für NPD-Mitglieder, die in der Kommunalpolitik mitmischen oder als Kandidaten bei Wahlen antreten wollten sowie Konzerte brauner Bands gab es hier bereits (BBP 7/2009). Diese hätten laut Vize-Landrat Carsten Bockhard gar nicht stattfinden dürfen. »Das Gebäude ist für die NPD aus bauordnungsrechtlicher Sicht wertlos«, sagte Bockhard dem Berliner »Tagesspiegel«. Das Nutzungsverbot treffe die NPD hart, verlautbarte aus Sicherheitskreisen. Die Partei suche in Brandenburg bereits ein neues Quartier.

Das Gelände am Rand von Biesenthal gehört einer Immobilienfirma. Aktuell ist das Areal von der Devasta GmbH i.G. gepachtet, dessen Geschäftsführer Mike Sandow, ex-NPD-Kreischef, für die DVU im Kreistag und für die NPD in der StVV Biesenthal sitzt. Das Gelände sei zweimal pro Monat von NPD-Mitgliedern und anderen Neonazis, darunter Mitglieder der »Kameradschaft Märkisch Oder Bar-

nim« für Treffen genutzt worden. Nach einem Treffen Anfang August 2008 geriet eine Szeneführerin aus Berlin ins Visier der Justiz. Die Ex-NPD-Funktionärin Gesine Hennrich, ehemalige NPD-Kreisvorsitzende von Berlin-Marzahn und Mitbegründerin der Berliner Kameradschaft »Frontbahn 24« muß sich vor dem Amtsgericht Bernau verantworten. Am 24. Juni fand der zweite Prozeßtag statt. Der Vorwurf der Staatsanwaltschaft lautet Verstoß gegen das Jugendschutzgesetz. Hennrich soll in Biesenthal über eine Musikanlage indizierte, rechtsextreme Lieder abgespielt haben, im Beisein Minderjähriger. Als Zeugen traten neben Polizisten auch Marco Rohde, Vorsitzender des NPD Kreisverbandes Barnim- Uckermark sowie weitere rechte Aktivisten. Mitte August findet ein weiterer Prozeßtermin statt.

Am 13. Juni hätte wieder ein Konzert stattfinden sollen, doch es wurde durch das Nutzungsverbot der Kreisverwaltung verhindert. Zuvor waren am 1. Mai vor etwa 200 Rechtsextremisten Bands wie »Tätervolk« und »Exzess« aus Mecklenburg-Vorpommern in Biesenthal aufgetreten. Die Gruppe »Tätervolk« war auch für den 13. Juni angesagt. Sicherheitsexperten gehen davon aus, daß weiterhin Rechtsextremisten nach Biesenthal kommen werden, auch wenn die Immobilie nicht mehr im gewünschten Umfang zu nutzen sei.

Buchtipp:

Handreichung für Erwerbslose

Von Erwerbslosigkeit betroffene und mit ihr beruflich wie ehrenamtlich Befähigte erhalten eine Handreichung, die Aktiven den Rücken stärkt, Zusammenhalt und Selbstbewußtsein verbessert.

Die HerausgeberInnen haben einen Band zusammengestellt, der Aktionsformen der Er-

werbslosenbewegung dokumentiert, deren Möglichkeiten und Grenzen nicht verschweigt, die rechtlichen Rahmenbedingungen beschreibt und ihre kulturelle Vielfalt aufzeigt.

Protestformen gegen Arbeitslosigkeit reichen vom Weberaufstand im 19. Jahrhundert bis zur Besetzung der Nordhausener Fahrradfabrik bike systems durch die Beschäftigten. Einen besonderen Schwerpunkt bilden die seit den 1970er Jahren entwickelten Erwerbslosen-Protestformen: Demos, Sternmärsche, Montagsdemonstrationen u.a. Vor allem geht es um die Frage: Welche Aktionsbündnisse zwischen Erwerbslosen und Beschäftigten sind denkbar? Wie läßt sich mit ihnen gesellschaftliche Unsichtbarkeit und Isolierung überwinden?

Der Band enthält auch einen Beitrag von Helma Nehrlich zum Kampf um das Sozialticket in Brandenburg und einem Gespräch mit Carsten Zinn aus Eberswalde, einem der Initiatoren der Volksinitiative für ein Sozialticket.



Elke Hannack
Bernhard Jirku
Holger Menze
(Hrsg.)

**Erwerbslose
in Aktion**

304 Seiten
Hardcover
mit vielen Fotos
Euro 12,00
ISBN 978-3-89965-276-5

DIE HERAUSGEBERINNEN:

Elke Hannack ist Mitglied des ver.di-Bundesvorstands; Bernhard Jirku ist beim ver.di-Bundesvorstand für die Erwerbslosenarbeit zuständig; Holger Menze war bis Juni 2007 Gewerkschaftssekretär bei ver.di und ist Vorsitzender des Vereins »Mach meinen Kumpel nicht an!«
Weitere Infos unter www.vsa-verlag.de; das Buch ist ab Juli 2009 erhältlich im Buchhandel oder direkt bei:

VSA: Verlag, St. Georgs Kirchhof 6, 20099 Hamburg, Tel. 040/28 09 52 77-0, Fax 040/28 09 52 77-50, info@vsa-verlag.de

200 Menschen gegen das DVU Sommerfest

Eberswalde (inforiot). Unter dem Motto »Feste feiern ohne Nazis – der DVU den Stecker ziehen« demonstrierten am Nachmittag des 20. Juni, etwa 200 Menschen in Eberswalde gegen das Sommerfest der Deutschen Volksunion (DVU) und gegen die rechte Szene in der Region. Damit folgten sie dem Aufruf verschiedener Gruppen aus dem Nordosten Brandenburgs.

Ziel war es dem Sommerfest ein deutliches Zeichen entgegenzusetzen. »Wir wollen es nicht mehr hinnehmen, daß Nazis hier ungestört feiern können, ohne das auch nur ein Bürger oder eine Bürgerin Notiz davon nimmt« so Melanie Jonas aus dem Vorbereitungskreis. »Wir wollen ihnen zeigen, daß wir keinen Bock auf sie haben« – so heißt es auch im Aufruf zu Demonstration: »Kein Bock auf deutsche Bratwurst, kein Bock auf Nazimücke und völkische Bräuche«.

»Uns ist klar, daß wir das DVU Fest damit nicht verhindern, aber wir wollen den Anstoß für engagierte Menschen im Ort geben, sich gegen Nazis zu positionieren« ergänzt Jan. Er geht in Eberswalde zur Schule und spürt wenig vom dem selbsternannten »Toleranten Eberswalde«. »Toleranz heißt nicht, Nazis und ihre Ideologie zu tolerieren«, meint Jan. Auch ist er enttäuscht, daß kaum Bürgerinnen und Bürger an der Demonstration teilnehmen.

Und er hat nicht unrecht, nur wenige Erwachsene nehmen teil oder interessieren sich am Rande für den Protest. Eigentlich sind es nur Jugendliche, die auf der Straße sind.

Neben dem DVU Sommerfest ging es auch gegen die rechte Szene in Eberswalde und Umgebung und besonders gegen den Naziladen von Gordon Reinholz (ehemaliger Kopf des



Märkischen Heimatschutzes). Sein Geschäft sei Ausgangspunkt für Nazi-Aktivitäten in und um Eberswalde, hieß es in einem der Redebeiträge. Enge Kontakte pflege er auch zur Kameradschaft Märkisch-Oder Barnim.

In weiteren Redebeiträgen ging es u.a. um den von Nazis im Jahr 2000 in Eberswalde ermordeten Falko Lüdtke. Auch über das NPD Gelände in Biesenthal sowie die Verknüpfung von NPD, DVU und Kameradschaften in der Region wurde informiert. Die Schnittstelle zwischen Parteien und Kameradschaften ist dabei Klaus Mann (DVU-Vorsitzender der Kreise Barnim, Uckermark und Oberhavel), hieß es.

Seit nunmehr zehn Jahren organisiert die DVU zur so genannten Sommersonnenwende ein Fest. Familienfreundlich mit Bratwurst, Kinderschminken und Kremserfahrt präsentiert sie sich als »Partei zum Anfassen« (aus dem Aufruf der DVU). Unter den Gästen befinden sich dabei vor allem Nazis der Parteien NPD und DVU sowie der Kameradschafts- und Rechtsrockszene. Nicht selten kommt es zu (gewalttätigen) Auseinandersetzungen unter den

Gästen. Das Fest fand zum drittenmal auf dem Grundstück von Klaus Mann in Finowfurt statt. Zuvor diente sein Grundstück in Seefeld (Barnim) als Veranstaltungsort. Weit abgelegen und mitten im Wald konnten die Nazis von DVU, NPD und Kameradschaften ungestört feiern. Im letzten Jahr gab es erstmals Gegenprotest – etwa 40 Menschen hielten eine Kundgebung ab und demonstrierten gegen das Fest in Finowfurt (BBP 7/2008). In diesem Jahr wurden wesentlich mehr Menschen gegen die DVU aktiv: Mit Konzerten und einer antifaschistischen Demonstration sollte auf das Nazi-Fest aufmerksam gemacht werden.

»Wir sind zufrieden mit der Demonstration« sagt Melanie nach Ende der Veranstaltung. »Es gab gute Redebeiträge, die Stimmung war super und wir haben es ein Stück weit geschafft, das Thema in die Öffentlichkeit zu tragen. Denn es gibt eine mediale Wahrnehmung, die es vorher eben nicht gab!«

Jedoch war es nicht einfach Konzerte und Demonstration umzusetzen: Das Konzert am Freitag mit »Trashcor«, »Lingerie« und »Sub to« sollte ursprünglich in Finowfurt selbst stattfinden, mußte allerdings nach Eberswalde verlegt werden. Auf dem Marktplatz in Eberswalde war das Konzert jedoch ebenso wenig erwünscht wie in Finowfurt und so mußte es schließlich in der abgelegenen »Chemischen Fabrik« stattfinden. Auch die Polizei hatte für die Demonstration am Samstag übertriebene Auflagen erteilt. Die VeranstalterInnen hatten zuvor dann Widerspruch eingelegt und Recht bekommen. Der Abend endete mit einem Konzert der »Kaputt Krauts« im Jugendclub Exil.

Freie Wähler mit neuer Satzung

Eberswalde (bbp). Nachdem der Verein Freie Wähler Eberswalde e.V. Anfang Juni nach heftigen internen Auseinandersetzungen mehrere Mitglieder, darunter den stellvertretenden Vorsitzenden Peter Kikow und das Vorstandsmitglied Manfred Ehlert aus dem Verein ausgeschlossen und einen neuen Vorstand gewählt hatten, standen auf der Mitgliederversammlung am 2. Juli umfangreiche Satzungsänderungen auf der Tagesordnung. Unter anderem wurden Ausschlüsse von Mitgliedern detaillierter geregelt, eine dreimonatige Probezeit von neuen Mitgliedern eingeführt, die Befugnisse der Vorstandsmitglieder eindeutig geregelt, Rechte und Pflichten von Vereinsmitgliedern definiert und die Ziele und der Zweck des Vereins genauer beschrieben. Der erst im Juni zum Stellvertreter gewählte Dietrich Neumann ist aus gesundheitlichen Gründen zurückgetreten. Als neuer stellvertretender Vorsitzender wurde Peter Herrmann von der Mitgliederversammlung gewählt. Wichtige aktuelle politische Themen der Freien Wähler sind der Eichwerder Ring und die Überprüfung der Umset-

zung der Beschlüsse, die durch die Freien Wähler in den letzten Monaten initiiert wurden (Denkmalbereichssatzung, Europabeauftragter, etc.). Am 12. Juli fand eine Begehung der Mosaikreste des Aussichtsturms statt mit einem anschließenden kleinem Freie-Wähler-Sommerfest mit Grilltem.

Neben Peter Herrmann gehören dem Vereinsvorstand Heicke Ecke als Vorsitzende, Dirk Schulz als weiterer Stellvertreter, Schriftführerin Yvonne Michalke sowie Schatzmeisterin Marion Schulz an.

Bereits auf ihrer Juniversammlung hatten die Freien Wähler beschlossen, nach den Intrigen, Machtkämpfen und die wegen der Landtagswahl verursachten Meinungsverschiedenheiten, die zu dem Ausschluß der »vereinsschädigenden Mitglieder« führten, nicht an der Landtagswahl 2009 teilzunehmen.

Der Ortsverein Freie Wähler Eberswalde e.V. will sich wieder auf die eigentliche kommunalpolitische Arbeit vor Ort konzentrieren und sich weiterhin mit Ideen und Anregungen engagieren, um den Wählerauftrag zu erfüllen.

Keine Bewegung!

Eberswalde (exil). Die aktuelle Broschüre »Die Residenzpflicht für Flüchtlinge. Bestandsaufnahme und Kritik« von Beate Selders ist am 9. Juli im Museum in der Adler-Apothek Eberswalde der Öffentlichkeit vorgestellt worden. Asylsuchende werden für die Dauer des Asylverfahrens einer Ausländerbehörde zugewiesen und dürfen deren Zuständigkeit – in der Regel einen Landkreis – nicht ohne Ausnahmegenehmigung verlassen.

Beate Selders geht den Fragen nach: Was heißt es für die demokratische Verfaßtheit unserer Gesellschaft, wenn einer Gruppe von Menschen elementare Grundrechte verweigert werden? Wie wirkungsvoll ist das Engagement gegen Intoleranz und rassistische Gewalt, wenn die davon Betroffenen per Gesetz ausgegrenzt und stigmatisiert werden?

Die Interviews und Reportagen machen deutlich, daß die Residenzpflicht eine Menschenrechtsverletzung ist. Sie zu beenden, liegt nicht nur im Interesse der Flüchtlinge, sondern auch im Interesse einer offenen und demokratischen Gesellschaft.

»Nadie es una Isla«

»Niemand ist eine Insel« – Hilfe für Cuba
St. Ingbert (bbp). Seit vielen Jahren sammeln Martine und Karl Schilp aus St. Ingbert (Saarland) Medikamente, Verbands- und Operationsmaterial, Schreibzeug, Bekleidung, Spielzeug und viele andere Hilfsgüter für die Bevölkerung in der kubanischen Region Holguín. Die 2008er Hilfslieferung im Umfang von 9,7 Tonnen hatten die beiden dem Direktor für Internationale Beziehungen der Poder Popular Holguín Oscar Lugo Gonzales im November des Vorjahres persönlich übergeben.

»Wir waren«, so Martine und Karl Schilp, »bei der Verteilung meistens dabei und konnten uns so davon überzeugen, daß alle Hilfsgüter genau da hinkamen, wo sie auch am notwendigsten gebraucht wurden. Bei diesen vielen Fahrten über Land konnten wir auch viel von den schlimmen Schäden sehen, die die drei Hurrikans Gustav, Ike und Paloma in wenigen Wochen Abstand hinterlassen haben. Von diesem Anblick waren wir tief erschüttert. Viele Häuser kaputt, auf den Feldern über Monate keine Ernte, wie sollen die armen Bewohner von Ostcuba diese Rückschläge überstehen. Es wurde so viel vernichtet.« Die Behörden bemühten sich sehr, um den Menschen nach diesen Katastrophen zu helfen, »aber wenn es keine Ernte gibt, gibt es auch kein Obst und Gemüse. Auf dem Teller der Holguíneros liegt zurzeit nur Reis und Bohnen und manchmal etwas Fleisch.« Trotzdem hungere kein Kind. Die Schilps waren in verschiedenen Provinzen und haben sich persönlich davon überzeugt. In allen Kitas bekommen die Kinder täglich ihre Milch und dreimal täglich ein Essen.

Unter den Hilfsgütern vom November 2008 waren viele Kindersachen und -schuhe. »Aber es war noch zu wenig. Falls Sie also über Kinderkleidung und Schuhe in gutem Zustand verfügen, würden wir uns sehr freuen, wenn Sie uns diese Sachen zuschicken könnten.« Mädchen- oder Jungensachen, gleich welcher Größe, vom Baby bis hin zum Heranwachsendenalter werden von Familie Schilp gesammelt. Aber natürlich nur Sommersachen. Auch Nähmaterial ist große Mangelware auf Kuba.

Die Hilfs-Aktion 2009 steht unter dem Motto »Niemand ist eine Insel«. Die Schilps wollen den Kubanern damit zeigen, »daß sie wirklich nicht alleine sind... Wir selbst haben keine Kinder, aber Patenkinder in Holguín. Und wir lieben alle Kinder in Cuba. Wenn wir dann die Freude und die Dankbarkeit in den Augen dieser Kinder sehen, sind wir glücklich.«

Hauptproblem wird wie in jedem Jahr wieder »das Zusammenbroteln« der hohen Transportkosten sein. Deshalb bitten Martine und Karl Schilp um Ihre Spenden: »Bitte helfen Sie uns. Cuba und vor allem der Osten Cubas braucht ganz dringend die Hilfe aller guten Menschen«.

Karl Marx im 21. Jahrhundert (11)

Arbeit und »Freizeit«

von Dr. Rainer Thiel

Zu allen Zeiten gilt: In der Arbeit ist der Mensch der Schöpfer seiner selbst und aller Güter. Das ist Kern der Theorie von Marx und Engels. Doch bis jetzt birgt dieser Kern Widersprüche in sich. In Folge 11 hatten wir gesehen: Menschen werden zu Opfern der Produkte ihrer Arbeit. Mensch-Sein wird von sich selbst entfremdet, indem menschliche Sinnlichkeit überlagert wird vom Sinn des Habens.

Doch auch die Arbeit als **Tätigkeit** ist widersprüchlich: Soweit ein Arbeiter »sich in der Arbeit unglücklich fühlt, keine freie physische und geistige Energie entwickelt, sondern seine Physis abkasteit und seinen Geist ruiniert« – so weit fühlt sich ein Arbeiter »erst außer der Arbeit bei sich und in der Arbeit außer sich. Zu Hause ist er, wenn er nicht arbeitet, und wenn er arbeitet, ist er nicht zu Haus.« Seine Arbeit ist ihm »nur ein Mittel, um Bedürfnisse außer ihr zu befriedigen.« (MEW 40 Seite 514) Darin besteht die Widersprüchlichkeit der Arbeit, vor allem der körperlichen und nervlichen Schwer-Arbeit oder der geistlosen Arbeit.

Umso heftiger ist das Bedürfnis von Arbeitern, sich außerhalb der Arbeit zu entspannen und zu genießen. Das Bedürfnis hat sich seit Jahrhunderten in der Volkskunst geäußert. Und es setzt sich fort. In der kleinen Stadt, in die mein Dorf jetzt einverleibt ist, gibt es seit vierzig Jahren eine Kantorei. Sie hat – vereint mit Berufssängern – die Johannes-Passion von Bach aufgeführt. In dieser kleinen Stadt gibt es seit dreißig Jahren einen Laienchor, der die Lieder der Völker singt, jetzt auch vereint mit Chören aus dem nahen Polen. In dieser kleinen Stadt hat meine Gefährtin Christina einen Malzirkel gegründet, aus dem der Kulturverein hervorgegangen ist. So ging es los: Christina – in der DDR nebenberuflich im Malen ausgebildet – verzichtete nach der Wende auf die Hälfte ihres Arbeitsplatzes und malte. Als sie zu mir zog, stellte sie Bilder aus, im Rathaus des Städtchens, in der Sparkasse, in der Begegnungsstätte »Friedensdorf«, in den Feuerwehrhäusern zweier Dörfer, in den Bibliotheken zweier Kleinstädte und im Kleistforum in Frankfurt. In meinem Garten war vier Mal »Waldgalerie«, und im Arbeitszimmer meiner verstorbenen Frau versammelten sich Gäste, um bei Christina malen zu lernen. Christina rief auch Schüler auf, im Info-Zentrum der Kleinstadt auszustellen; ein Jahr später folgte der Schulleiter dem Beispiel. Christina und Rainer riefen zu einem Fontane-Abend ins Info-Zentrum, auf literarisches Parkett. Bald gründeten Dutzende Bürger den Kultur-Verein.

Im Osten wie im Westen Deutschlands suchen Hunderttausende, sich der Entfremdung zu entziehen und an Persönlichkeit zu gewinnen. Die Märkische Oderzeitung berichtet gern darüber, ich hoffe, auch andere Regionalzeitungen berichten. In ganz Deutschland könnten tausend Journalisten und Soziologen berichten. Verlage könnten hundert Bücher

herausbringen. Wermutstropfen blieben dennoch: Nur wenigen, die der Entfremdung zu entkommen suchen, gelingt es, hin und wieder auch politische Akzente zu setzen. Und wenn Zeitungen oder Fernsehen zeigen, daß sich Menschen der Entfremdung entziehen, dann folgt allzu schnell die Werbung, die Reklame, die Hetze, dem Sinn des Habens zu frönen.

Die notwendige Entspannung der geplagten Lohn-Arbeiter ist seit Jahrzehnten selber zum Feld kommerzieller Unterhalter geworden. Die Unterhalter – unter ihnen auch Blödiarie – steigern sich zu Stars und verdienen viel Geld. Von allen zusammen gilt: Es interessiert sie nicht, daß der Arbeiter Schöpfer aller Werte ist. Im Gegenteil. In ihrer Mehrheit tun sie so, als ob es auf der Welt nur Traum-Hotels gäbe und Grimassen-Schneider die größten Künstler wären. Die Berufs-Unterhalter bewerten nur das Bedürfnis, **nach der Arbeit irgendetwas außerhalb der Arbeit zu sein.** Sie trennen den Arbeiter als Schöpfer aller Werte ab und zielen ausschließlich auf sein Bedürfnis, sich außerhalb der Arbeit zu finden. Das ist Entfremdung. Vereinzelt gibt es Humanisten unter den Unterhaltern. Ich fand sie zum Beispiel unter den Künstlern sozialkritischer Filme der Tatort- und der Polizeiruf-110-Krimis. Man sieht kluge Kommissare bei harter Arbeit und Schauspieler als normale Menschen.

Entfremdung drückt sich aus in Paradoxien: Ist Fußball, sind die Stadien voll. Treten Stars auf, sind die Säle voll. Zur zweihundertsten Montagsdemo in Eisenhüttenstadt kamen zwei Dutzend Zuhörer. Vier Wochen später wimmelten auf demselben Platz im Zentrum Tausende Bürger, um sich vor Spaß-Bühnen und auf dem Riesenrad zu vergnügen, fernab von Kräftigung im Kampf um ihre eigenen Interessen. Neulich dasselbe in Finsterwalde: Als wir kürzlich auf dem Marktplatz demonstrierten, waren wir dreißig Leutchen allein. Als kürzlich Sängerfest war – nichts gegen die aktiven Sänger, die der Entfremdung trotzen –, zogen Tausende Nicht-Sänger durch die Stadt, um sich von den Aktiven unterhalten zu lassen. Das ist die Tücke der inneren Spaltung der Arbeitswelt: Schöpfertum und Unterhaltung fallen auseinander. Die Unterhaltung wird – wie auch die Religion – zum Opium des Volks. Das war schon so im alten Rom: Dem Volke *panem et circenses*, Brot und Spiele. Ausnahmen lassen hoffen. Sehen wir, wie es weitergeht mit der Entfremdung.

Fortsetzung folgt.

Karl und Martine Schilp, Postbank Saarbrücken, BLZ 590 100 66, Kto.-Nr. 202 82 666, 66386 St. Ingbert, Lottenhammer 64, Tel. 06894/5906259, eMail: k.m.schilp@t-online.de

Hagen-Denkmal wird restauriert

Eberswalde (bbp). Der städtische Hauptausschuß hat am 10. Juli über die Annahme einer Spende zur Restaurierung des Otto-von-Hagen-Denkmal im Eberswalder Schwappachweg entschieden.

Ziel der Spender ist, dem Ort des Denkmals bis zum 23. Oktober 2009 wieder ein würdiges Aussehen verleihen und die fehlende Tafel am Denkmal erneuern. An diesem Tag jährt sich zum 125. Mal der Tag, an dem in Eberswalde das Denkmal für Otto von Hagen feierlich enthüllt wurde. Das Hagen-Denkmal ist nach wie vor ein bevorzugter Treffpunkt der Eberswalder Studenten als Ausgangspunkt für Exkursionen. Zu diesem Zweck hatten bereits im Januar 2009 der Leiter der Landesforstanstalt Eberswalde und Vorsitzende des Brandenburgischen Forstvereins e.V. Prof. Dr. Klaus Höppner, der Präsident der Fachhochschule Eberswalde Prof. Dr. habil. Wilhelm-Günther Vahrson und der Leiter des Amtes für Forstwirtschaft Eberswalde Frank Schindler gemeinsam mit den Nachfahren Otto von Hagens einen Spendenaufruf veröffentlicht.

Otto von Hagen (1817?bis 1880) gehört zu den herausragenden forstlichen Persönlichkeiten des 19. Jahrhunderts. Als Oberlandforstmeister stand er von 1863 bis zu seinem frühen Tod 1880 an der Spitze der preußischen Forst-

verwaltung mit einer Waldfläche von 2,6 Millionen Hektar zwischen Gumbinnen und Trier. Nach seinen Wirtschaftsprinzipien, den »Goldenen Worten«, in denen er sich vom Prinzip des Bodenreinertrages distanzierte und zur Gemeinwohlverpflichtung der Staatsforsten bekannte, führte er die Forstwirtschaft zu hohen Ertrags- und finanziellen Leistungen, die dem Wirtschaftszweig hohes Ansehen im Staat eintrugen. Es gehört zu den einmaligen Leistungen Otto von Hagens als Chef der größten deutschen Forstverwaltung, mit der Schrift »Die forstlichen Verhältnisse Preußens« (1869) den Zustand, die Ziele und die Bilanz des ihm unterstehenden Wirtschaftsbereiches in meisterhafter Weise beschrieben und damit der Nachwelt ein unvergleichliches statistisches Werk hinterlassen zu haben. Als Kurator der Forstakademie Eberswalde war er der forstlichen Ausbildung und der Forschung in besonderer Weise verbunden. Ihm ist es zu verdanken, daß die Eberswalder forstliche Lehrstätte in den 70er Jahren des 19. Jahrhunderts nicht in eine Universitätsstadt verlegt wurde, wie es dem Trend jener Zeit entsprach. Das hätte das Ende des Wissenschaftsstandortes Eberswalde bedeuten können. Vielmehr hat er Akademiedirektor Bernhard Danckelmann in seinem Bestreben unterstützt, die hiesige Einrichtung personell und materiell zu stärken. Seiner Fürsorge ist auch die Errichtung des Roten Gebäudes in der Eberswalder Schicklerstraße zu verdanken (1876 eingeweiht).

(aus dem Spendenaufruf vom Januar 2008)



Deutscher Forstverein

Eberswalde (prest-ew). Auf der 64. Jahrestagung des Deutschen Forstvereins im Juni in Potsdam war auch die Stadt Eberswalde präsent. Die Fachhochschule Eberswalde reiste mit etwa 120 Teilnehmern vom Fachbereich Wald und Umwelt an – mit Studierenden, Professoren, Dozenten. Vor Ort rührte Astrid Schilling vom Fachbereich kräftig die Werbetrömmel – für die FH und den Fachbereich und auch für die Stadt Eberswalde. Mit Informationsmaterialien und Prospekten.

Baumpflege und -wässerung gefragt

Eberswalde (prest-ew). Die Stadtverwaltung ist seit Jahren bemüht, die Straßenbäume im Stadtgebiet zu pflegen und zu erhalten. Ein Großteil der Bäume hat ihr maximales Alter als Straßenbäume schon erreicht. Die Umwelteinflüsse, Baumkrankheiten und mechanische Schäden tragen dazu bei, daß manche Bäume gefällt werden müssen. Um den Charakter der Straßen zu erhalten, werden jährlich die ausgefallenen Bäume nachgepflanzt. So wurden im Frühjahr 2009 auch in der Eisenbahnstraße die durch den gemeinen Spaltblätling (Pilz) befallenen Linden ersetzt. Im Juni hat eine aufmerksame Bürgerin die Stadtverwaltung auf Rindenschäden an einem neu gepflanzten Baum und an einem Baum der im Zuge des Neubaus der Eisenbahnstraße gepflanzt wurde,

hingewiesen. Hier handelt es sich um eine mutwillige Zerstörung des Baumes. Auf lange Zeit gesehen wird er nicht das normale Baumalter erreichen. An der Schwachstelle ist es Pilzen und anderen baumzerstörenden Krankheiten möglich einzudringen. Die Stadtverwaltung Eberswalde bittet die Bürgerinnen und Bürger der Stadt wachsam zu sein und Baum Schäden zu melden. Vorsätzliche Beschädigungen von Bäumen sind ein Straftatbestand.

Als positives Beispiel möchte die Stadtverwaltung den engagierten Baumpaten danken, die durch Ihren Einsatz beim Pflegen und Wässern der Straßenbäume zum Erhalt dieser beitragen. Jede Bürgerin und jeder Bürger der die Möglichkeit hat, wird gebeten die Bäume so oft wie möglich zu wässern.

Botonikertagung

Eberswalde (prest-ew). Vom 26.-29.Juni 2009 trafen sich in Eberswalde im Wald-Solar-Heim Fachleute zur 40. Brandenburgischen Botanikertagung. Die Tagung fand anlässlich des 150-jährigen Vereinsjubiläums in diesem Jahr am Gründungsort Eberswalde statt. In einer Grußadresse von Bürgermeister Boginski heißt es dazu u.a.: »Ich gratuliere Ihnen herzlich zu diesem beeindruckenden Jubiläum. Es bestätigt mir erneut die Bedeutung unserer Stadt auf den Gebieten Wald, Natur und Umwelt und speziell in der Botanik.« Neben den Fachvorträgen im Waldsolarheim standen mehrere Exkursionen in das Eberswalder Umland auf dem Programm. Infos: www.botanischer-verein-brandenburg.de.

»Eberswalder Insektenwelt«

Eberswalde (prest-ew). Im Eberswalder Rathaus lädt eine neue Fotoausstellung bis Mitte August zum Staunen ein: »Eberswalder Insektenwelt«. 20 Farbfotos im Format A4 von dem 22-jährigen FH-Studenten Daniel Jestrzowski vom Fachbereich »International Forest Ecosystem Management« zeigen imposante und spannende Momentaufnahmen von Käfern, Schmetterlingen u.a. Insekten. Die kleine faszinierende Welt – ganz groß für den Betrachter der Fotos, wurde am 29. Juni von Bürgermeister Friedhelm Boginski gemeinsam mit Daniel Jestrzowski in Anwesenheit des bekannten Eberswalder Entomologen Prof. Dr. Ulrich Sedlag eröffnet.

Ameisen-Tagung

Eberswalde (bbp).

Zu ihrer Jahreshauptversammlung trafen sich am 4. Juli in Eberswalde die Mitglieder der Brandenburgischen Ameisenschutzwarde e.V. Der 1998 ge-



gründete Verein mit Sitz in Eberswalde widmet sich dem Schutz, insbesondere der Roten Waldameisen. Diese auffälligen Arten haben auf Grund ihrer Lebensweise eine Schlüsselstellung im Ökosystem Wald. Der Verein versteht sich als Ansprechpartner und Koordinierungsstelle für den praktischen Waldameisenschutz in Brandenburg. Insbesondere auch in Zusammenarbeit mit den Waldschulen in Brandenburg wird ein Hauptaugenmerk auf die Arbeit mit Kindern und Jugendlichen gelegt, die für den Natur- und Umweltschutz sensibilisiert werden sollen. Mit der Einrichtung von Formikarien, Terrarien für Waldameisen, im Waldsolarheim Eberswalde, dem Zoologischen Garten Eberswalde, der Waldschule Grünaue und beim Naturschutzverein Kolkwitz entstanden in den letzten Jahren solche lebendigen Anschauungsobjekte für diese interessanten und aus ökologischer Sicht wichtigen Insekten.

Die Bundeswehr am Hindukusch:

Kein Krieg – aber sehr reale Tote

Die »1. Allgemeine Verunsicherung« hat es schon vor Jahren gewußt: »Das Böse ist immer und überall.« Nur die drei Bundeswehrosoldaten neulich haben es nicht rechtzeitig bemerkt, das mit dem Abhang, den sie mit ihrem »Fuchs«-Panzer hinuntergepoltert sind, um dann kopfunter im Wassergraben zu ertrinken. Jedenfalls hat BILD das so erzählt und damit Minister Jung den Rücken stärken wollen: kein Krieg in Afghanistan – es war nur ein »normaler« Unfall mit Todesfolge. Mit den weiteren Fragen (die die Leser ja gar nicht stellen sollten) hat BILD selbige allein gelassen: Konnten die drei mit dem Gerät nicht ordentlich umgehen, etwa Ausbildungsmängel? Oder ist das Fahrzeug so miserabel konstruiert, daß es sich an Böschungen überschlägt? Oder hat gar der Feind dem Fuchs eine Grube gegraben? Alles in allem: BILD hat der Bundeswehr mit dieser Story keinen Gefallen getan. Aber inzwischen sind die Särge unter der Erde, und es fragt keiner mehr.

In der »Region Nord« und speziell im Gebiet Kundus haben es die Deutschen vor allem mit Usbeken und Tadshiken zu tun. Die gehörten früher zur talibanfeindlichen Nordallianz. Entsprechend freundlich war das Klima zunächst für die deutschen ISAF-Truppen. Wieso eigentlich hat sich das inzwischen so kraß geändert, daß sie kaum noch einen Fuß vor die Tür setzen können, ohne auf einen Sprengsatz oder einen Hinterhalt zu stoßen? Einigen Aufschluß gibt eine 2009 von ARD gemeinsam mit den Medien ABC und BBC veranstaltete Umfrage in Afghanistan (A. Henze, WDR: Der Haß auf den Westen wächst. www.tagesschau.de/Ausland/Afghanistan-Umfrage). Danach wächst die Stimmung gegen die fremden Truppen auch im Norden. Zunehmende Gewalt und weiterhin schlechte Wirtschaftslage sind dafür verantwortlich. »Der Westen hat den Kampf um die Herzen und Köpfe der Afghanen erst einmal verloren... Die Ablehnung gegenüber den US- und NATO-Truppen ist schon jetzt so stark, daß in manchen Provinzen inzwischen mehr als die Hälfte der Bevölkerung Anschläge auf US- und NATO-Soldaten für gerechtfertigt hält, landesweit ist es jeder Vierte.« Natürlich spielen dabei auch die zunehmenden Opfer der Bevölkerung bei Luftangriffen und bei Zwischenfällen an den Kontrollposten eine Rolle. Der Journalist Theo Sommer: »Je mehr

Soldaten nach Afghanistan geschickt worden sind und je mehr sie 'in die Fläche' gehen, desto stärker ist die Unsicherheit im Lande gewachsen. Die Zahl der gewalttätigen Zwischenfälle stieg in den ersten neun Monaten dieses Jahres [2008] um ein Drittel auf 1400... Es gab 3000 Zwischenfälle mit improvisierten Sprengkörpern (IED), jeden Tag 15. Die Hälfte davon wurde von den Koalitionstruppen entdeckt, auf den Rest fahren sie mit ihren Fahrzeugen auf« (DIE ZEIT, 23.10.2008).

Sommer meint: »Wer behauptet, Deutschland führe in Afghanistan keinen Krieg, verdrängt die Wirklichkeit und verprellt die Soldaten.« Da ist er sich einig mit US-Militärs wie dem bisherigen NATO-Oberbefehlshaber General Craddock: »Politiker können es nennen, wie es ihnen beliebt... für mich ist es Krieg. Ich denke, wenn Sie die deutschen Soldaten fragen, werden sie dasselbe sagen« (Interview in der »Stuttgarter Zeitung«). Ein Krieg also, den es nach Merkel und Jung nicht gibt. Daher wird auch der Einsatz von AWACS-Flugzeugen mit deutschen Besatzungen mit der Überwachung des zivilen Luftverkehrs über Afghanistan begründet. Das Argument ist scheinheilig, weil selbst dieser Dienst – wenn es denn die einzige Aufgabe des Einsatzes wäre – eine bessere Koordinierung und Durchführung der Luftangriffe ermöglicht (siehe dazu Erklärung der Grünen Friedensinitiative vom 2.7.2009 unter www.gruene-friedensinitiative.de und www.uni-kassel.de/fb5/friedenthemen/afghanistan).

Wie groß muß die Angst vor der Meinung der Bundesbürger sein. Nach einer Forsa-Umfrage für »Stern« wollen 61 % der Befragten den Abzug der Bundeswehr aus Afghanistan – im März 2002 waren 62 % für deren Einsatz. Was tun, wenn man im Wahljahr nicht sagen darf, was man tut, und wenn das auch die

Stimmung im Heer beschädigt? Ein Abzug aus Afghanistan wäre möglich. Von exilafghanischer Seite wurde vorgeschlagen, Iran, Indien und China, die regionalen Nachbarn mit traditionell engen Beziehungen zum Land – die alle nicht an einer Fortdauer von Unsicherheit und Terror interessiert sind, sollten Afghanistan stabilisieren. Das wäre realistisch – aber die USA sind nicht bereit, ihre Positionen in Mittelasien aufzugeben, und die deutsche Flugzeug-, Auto- und Rüstungsindustrie (was in Teilen dasselbe ist) ist nicht bereit, sich den US-Markt verderben zu lassen. Also dümpelt die Bundesregierung im Kielwasser der USA. Um wenigstens die Stimmung zu heben, stiftet man einen Orden (so geschehen im Herbst 2008 eher unauffällig) und dekoriert mit einigem Tamtam vier der Bundessöldner (nämlich freiwillig um Extrasold und Abenteuerkitzel nach Afghanistan Gegangene) mit dem neuen (alten) Tapferkeitskreuz.

Die Begleitmusik dazu machen einige Staatsjournalisten aus den Meinungskonzernen ARD und ZDF. Christoph Grabenheinrich (SR), Korrespondent im ARD-Hauptstadtstudio, brachte kürzlich einen Kommentar für Tagesschau, den auch RBB-Inforadio übernahm: »Das Ehrenkreuz war überfällig.« (www.tagesschau.de/Inhalt/Inland/kommentar324) Der Text offenbart die ganze Mißlichkeit der Situation und läßt nebenher ein paar Katzen aus dem Sack. Das Kreuz sei »Ausdruck einer neuen Normalität [Unterstreichung vom Autor], in der auch deutsche Soldaten ... kämpfen müssen, dabei Leib und Leben aufs Spiel setzen und auch sterben.« Es ginge um »Pflichterfüllung im Auftrag des Parlaments, dem [Grammatikfehler im Original, d.A.] verlängerten Arm der Bevölkerung. Solange Auslandseinsätze wie die in Afghanistan politisch gewollt sind,« sei die Ordensverleihung nur folgerichtig, meint Grabenheinrich. (Der verlängerte Arm der Bevölkerung will also etwas »politisch«, was die Bevölkerung partout nicht will!) Das Kreuz könne – aber nur »langfristig« – zu einem »entkrampfteren Verhältnis« zwischen Volk und Armee beitragen. Aber die Bundesregierung müsse statt semantischer Übungen den »Sinn der Einsätze« (!) vermitteln. Das sind zwei Geständnisse. Dank an Herrn Grabenheinrich.

ROLF RICHTER,

Bündnis für den Frieden Eberswalde



Das »Eiserne Kreuz« der beiden Weltkriege heißt jetzt »Ehrenkreuz« und ist »Ausdruck einer neuen Normalität.«

»20 Jahre Wende« – Museum sucht Exponate für eine Ausstellung

Sie erlebten die so genannte »Wende« 1989/90 in Eberswalde bzw. im damaligen Kreis Eberswalde? Dann haben Sie vielleicht noch Erinnerungsstücke aus dieser Zeit im Besitz? Derzeit laufen im Eberswalder Museum die Vorbereitungsarbeiten für die Ausstellung

»Demokratischer Wandel – ein Labyrinth der Erinnerungen« auf Hochtouren.

Hierzu sucht das Museum, gern auch leihweise, Gegenstände, Fotos und Schriftstücke, die diese ereignisreiche Zeit dokumentieren. Wenn Sie also Materialien in Ihrem Besitz ha-

ben, die mit den Ereignissen in jener Zeit verbunden sind, dann wenden Sie sich bitte bis Ende August an das Eberswalder Museum: Frau Birgit Klitzke, Tel. 03334/64-583, E-Mail: b.klitzke@eberswalde.de.

BIRGIT KLITZKE

Ist der Bernauer Stadtkern gelungen?

Podiumsdiskussion mit dem Architekten Wilfried Stallknecht

In der Galerie in der Bürgermeisterstraße ist eine interessante Ausstellung über Leben und Werk des Architekten Wilfried Stallknecht zu besichtigen. Mit seinem Kollektiv am Institut für Wohnungs- und Gesellschaftsbau an der Bauakademie der DDR entwickelte er u. a. das Konzept des Umbaus des Bernauer Stadtkerns in den 70er Jahren. Er schrieb darüber auch seine Dissertation »Gebäudekonzeptionen der Plattenbauweise« und verteidigte sie 1978 an der Bauakademie. Studierende an der Brandenburgischen Technischen Universität Cottbus haben in Kooperation mit dem Leibniz-Institut für Regionalentwicklung und Strukturplanung Erkner diese Ausstellung initiiert und vorgestellt. Sie luden gemeinsam mit der Galerie Bernau zu einem Podiumsgespräch mit dem heute 81jährigen Nestor der DDR-Baugeschichte ein. Das Thema fand großes öffentliches Interesse. Rund hundert Bernauer drängten sich in den engen Räumen der Galerie in der Bürgermeisterstraße.

»Entwerfen im System« nannten die jungen Ausstellungsmacher ihre Ausstellung doppeldeutig und in der Podiumsdiskussion fragten sie immer wieder nach, ob Architekten zu DDR-Zeiten eigene Entwürfe und Ideen durchsetzen konnten. Ja und nein, antworteten der Architekt Stallknecht und seine Mitstreiter aus den 70er Jahren; darunter der damalige Kreisarchitekt Michael Leis und der Leiter des damaligen Aufbaustabes Dr.-Ing. Manfred Hübler. »Wir haben versucht, unsere Ideen durchzusetzen, aber das letzte Wort hatte wie auch heute bei Bauten üblich, der Bauherr. Und damals wie heute geht es letztendlich immer darum, mit den verfügbaren Mitteln möglichst gut und kostengünstig zu bauen«, so Manfred Hübler, der seit den 90er Jahren ein eigenes Planungsbüro in Bernau führt.

Der Architekt Stallknecht erläuterte, das die 1972 begonnene und bis 1978 weiterentwickelte Planung zwei Ziele verfolgte: die Wohn- und Lebensbedingungen im Stadtkern zu verbessern und die historische Stadtstruktur zu bewahren. Von 1979 bis 1989 wurde dann ein Großteil des Altbaubestandes abgerissen und nach den Entwürfen von Stallknecht neu bebaut. Das war ein von der Bauakademie geförderter Modellversuch zur Umgestaltung historischer Stadtstrukturen mit den Mitteln der industriellen Plattenbauweise. Eigens für Bernau entwickelte Stallknechts Entwurfsgruppe eine neue Plattenbauserie – kurz genannt SL 3600. Ihre Qualitäten, so die Ausstellungsmacher, boten die Möglichkeit, nicht nur rechtwinklig zu bauen, variable Grundrißlösungen für Eckwohnungen anzubieten und einer abwechslungsreicheren Fassadengestaltung mit Loggien, Erkern und Vorsprüngen. An der Stadtmauer wurden behindertengerechte Wohnungen für Rollstuhlfahrer errichtet. Auch das in den 70er Jahren eine Novität.

An der damals neuartigen, farblichen Fassadengestaltung für Plattenbauten wirkte Friedemann Seeger mit, der heutige Bernauer Stadtplanungsamtsleiter. Er gehörte damals dem Team des Architekten Stallknecht an der Bauakademie an. Für Jens Häsler, Geschäftsführer der WOBAU, wurde da deutlich, warum der Stadtplanungsamtsleiter bei der aus energetischen Gründen notwendigen Fassadendämmung immer auf einen sensiblen Umgang mit der ursprünglichen Fassadengestaltung Wert legt. Er versicherte, daß die WOBAU dies bei der Gestaltung der Wärmedämmfassaden durchaus berücksichtige und bei einigen Gebäuden, auch wenn sie nicht unter Denkmalschutz stehen, aus Respekt vor dem ursprünglichen Entwurf die Fassaden beibehalten werde.

Das Podiumsgespräch mündete schließlich in der Frage: Ist das Modell der Umgestaltung des Bernauer Stadtkerns gelungen oder nicht? Hier mischten sich die zahlreich erschienen Besucher lebhaft in die Debatte ein. Die von Stallknecht und seinem Team entworfenen 2- bis 4-geschossigen Häuser in geschlossener Quartiersstruktur für den Stadtkern von Bernau zeigen einen sensibleren Umgang mit der vorhandenen Stadtstruktur als bis dato bei der Plattenbauweise üblich war. Positiv wurde hervorgehoben, daß an die historische Stadtmauer angepaßte, öffentlich zu nutzende Bauten, wie das ehemalige Café am Pulverturm, das heute eine private Ausstellung beherbergt, und die Gaststätte am Steintor, die heute Sitz der WOBAU Bernau ist, zur Stadtentwicklung beitragen. Entwerfen und Bauen seien niemals losgelöst von Zeit und Raum zu betrachten, hieß es. Auf die Frage, warum das Beispiel Bernau nicht auch republikweit Schule gemacht habe, antwortete Manfred Hübler trocken: »Als wir fertig waren, war die Zeit dafür vorbei.«

Letztendlich, so war man sich im Auditorium einig, sei die Praxis das Kriterium der Wahrheit. Und die zeige, daß der in den 70er Jahren erbaute Stadtkern von den Bewohnern der Stadt nach wie vor angenommen wird. Neue Anforderungen gebe es heute für Funktionen von Handel und Gewerbe und die Aufenthaltsqualität der Freiräume und Plätze. Die Wohnungen im Stadtkern jedoch seien nach wie vor gefragt, berichtete der WOBAU-Chef. Bewohner schilderten, daß und warum sie gern im Stadtkern wohnen. Der heute 81jährige Architekt und Nestor der DDR-Baugeschichte, Wilfried Stallknecht, freute sich, das zu hören. Für ihn bedeutet es die Achtung und Anerkennung seiner Leistungen und seines Lebenswerks. Die jungen Ausstellungsmacher vom IRS in Erkner und von der Technischen Universität Cottbus schließlich bestätigten, daß über den Sinn und den Wert der Plattenbau-Siedlungen aus DDR-Zeiten neu nachgedacht werden müsse.

MARGOT ZIEMANN

Teufelskreis durchbrechen

Kandidatenvorstellung der FDP Barnim

Am 2. Juli fand im Panketaler Ratssaal die Kandidatenvorstellung der FDP Barnim statt. Anlässlich der Landtagswahl am 27. September hatte der Barnimer Kreisvorstand der FDP interessierte Bürgerinnen und Bürger aus Bernau und Panketal eingeladen.

Peter Pick, Kandidat im Wahlkreis 14 (Bernau, Panketal), stand den Besuchern mit Informationen zum Thema Bildung bereit. Bei interessanten Gesprächen erklärte Pick: »Eltern brauchen eine ideale Wahlfreiheit zwischen staatlichen Schulen und Schulen in freier Trägerschaft. Daher sind staatliche Schulen personell und sachlich so auszustatten, daß diese nicht schon wegen der schlechten Ausstattung ausgeschlossen werden.« Auch die Kita als erste Bildungseinrichtung wurden stark diskutiert. »Unser Ziel ist bei den Kita-Betreuern gemäß dem bundesdeutschen Durchschnitt aufzustocken und diese so zu Orten frühkindlicher Bildung werden zu lassen«, so Pick.

Über den ländlichen Raum informierte Gregor Beyer, Kandidat des Wahlkreis 13 (Eberswalde, Schorfheide, Joachimsthal) und Mitglied im Landesvorstand der FDP Brandenburg. »Ein wichtiges Problem aufgrund der demographischen Entwicklung liegt im Facharbeitermangel«, berichtete Beyer. Vor allem durch die Abwanderung von jungen Leuten, kommt es zur Abwanderung von Betrieben. Da wiederum weiteren Jugendlichen die Zukunftsperspektiven fehlen, wandern auch diese ab. »Wir müssen diesen Teufelskreis durchbrechen! Ausbildungsverbände von Betrieben oder die Schaffung von Unterkunftsmöglichkeiten bei entfernten Ausbildungsstellen bieten jungen Menschen gute Möglichkeiten für die berufliche Bildung«, erläuterte Beyer. »Zudem können erfahrene Arbeitskräfte durch freiwilligen Zeiteinsatz gegen den Fachkräftemangel helfen.« Beyer erläuterte in diesem Zusammenhang auch die »Falkenberger Erklärung« der FDP Brandenburg, in welcher diese das Thema der ländlichen Räume in Brandenburg zu einem Spitzenthema für den Landtagswahlkampf erklärt hat.

SERGEJ MATIS

10 Jahre »Montagsmaler«

Seit 1999 treffen sich einmal wöchentlich Mühlenmitglieder und Freunde der Zainhammer Mühle zum Zeichnen und Malen. Schwerpunkte sind das Portrait- oder Aktzeichnen. Nach dem durch die Sperrung der Mühle bedingten Standortwechseln treffen sich die Montagsmaler wieder in der Mühle. In den vergangenen zehn Jahren wurden zahlreiche Modelle auf Papier oder Leinwand künstlerisch festgehalten. Viele der dabei entstandenen Kunstwerke befinden sich in verschiedenen Ausstellungen, z.B. im Wald-Solar-Heim Eberswalde und privaten Sammlungen. Eine große Ausstellung der Werke ist für das Jahr 2010 in der Mühle geplant.

Dr. ECKHARD GROLL

Von Zwergen und Menschen

von Dr. Steffen Peltsch

Auch unter Pastoren gab und gibt es solche und solche. Wie den mutigen und charakterfesten Pfarrer Niemöller, der unter den Faschisten Schweres erdulden mußte und ein kritischer Geist blieb sein Leben lang. Oder, sein »Enkel« im Denken und Tun, der Wittenberger Kirchenmann Friedrich Schorlemmer, der sich unter pseudosozialistischen Bedingungen ebensowenig einreihen ließ wie unter den heutigen. Wenn der sich per Buch oder in seltenen Interviews zur DDR äußert, tut er das höchst kritisch, aber bedachtsam, exakt analysierend, aber nie denunziatorisch. Für uneinsichtig nostalgische Typen wie Egon Krenz oder jäh neu eingefärbte Figuren wie Schabowski empfindet Schorlemmer Mitleid; er haßt sie nicht. Wie – der Mann nimmt sein Christentum ernst, ein hassender Diener Gottes ist ebenso ein Unding wie ein betender Satan.

Aber es gibt auch Eppelmann, der physiognomisch verteuftelt an den Ehemann der Genossin Krupskaja erinnert; es gibt Heinz Eggert, der sich darin gefiel, daß man ihn, als er nach der Wende Zittauer Landrat wurde, »Pfarrer Gnadenlos« hieß wegen seiner diktatorischen Personalentscheidungen; es gibt den Erfinder der Rote-Socken-Kampagne, die damals der PDS beträchtlichen Stimmenzuwachs brachte, Hintze also.

Und es gibt Joachim Gauck. Der war als Quasi-Grüner in die freie Volkskammer der DDR geraten und fiel daselbst als Billy-Graham-Verschnitt auf*. Wenn er ans Pult trat, packten die einen sich Watte ins Ohr und die anderen die Tageszeitung aus, kaum jemand hörte zu. Denn Gauck, so hatte man bald mitbekommen, hatte zwar mitunter Bedeutliches zu vermelden, aber er tat das weit-schweifigst und fand und fand und fand kein Ende. Einmal gab es einen Zwischenruf, ein Zitat aus Sostschenkos »Die Kuh im Propeller«: »Wovon sprichst du eigentlich, Väterchen...?« Es gab Beifall, aber Gauck gab nicht auf und brachte seine konfuse Rede irgendwann zu einem Ende. Es müssen Gerüchte gewesen sein, die Gauck ein paar Merkwürdigkeiten in seiner Biographie anheften, denn sonst wär er wohl nicht zum obersten Archiver der Stasiakten und zum Zeuger eines neudeutschen reflexiven Verbs geworden: Ich gaucke dich, du gauckst mich, wir gaucken jeden, ich bin geauckt worden – also clean.

Wer Gauck heutzutage gauckt, sieht einen gepflegten älteren Herrn, der, wie viele seinesgleichen, nicht verwinden kann, daß der Medienfocus sich nicht unbedingt nur auf sie konzentriert. Also wird nachgeholfen und mit dem Finger geschnipst: »Herr Lehrer, ich weiß was!« Erfreulich ist, daß der Lang- und Breitsprecher von damals inzwischen gelernt hat, sich kürzer zu fassen; zum Himmel stinkt indes, was er so

unter die Leute bringt. Neulich glaubte er davon warnen zu müssen, daß die »Globkes der DDR« sich ungebührlich breitmachen würden. Zur Erinnerung: Globke hatte als einer der blutigen Juristen der Nazis die Kommentare zur Rassengesetzgebung verfaßt und damit die »Endlösung« der Judenfrage maßgeblich befördert. Unter Adenauer wurde und blieb er Staatssekretär.

O! muß ins Feuer, koste es, was es wolle. Gewiß gab es in der kratischen Replik Typen, die man nicht gerade als Lichtgestalten bezeichnen kann wie den Kommentator Karl-Eduard von Schni..., die verbiesterte Hilde Benjamin oder den von der Verfolgungsgier besessenen Erich Mielke. Doch selbst diese üblen Figuren trennen Abgründe von jenem Spießgesellen der Faschisten, der auf ewig in den Knast gehörte und auf dem Schoß des damaligen Kanzlers landete.

Gauck nun in seinem Drang, unbedingt zu



den meistgenannten Betramplern der verendeten DDR zu gehören, spricht von »den Globkes«, den sozialistischen – er hat also viele von ihnen ausgemacht. Siehe, der Westen hatte nur einen, im Osten aber herrschte an ihnen, im Gegensatz zu Bananen und Austern, kein Mangel.

Was Gauck da an falsch Zeugnis redet, meint uns Osis allesamt, denn was soll aus Leuten werden, die in einem Staat leben mußten, in dem »das System Blockwart noch kaltblütiger installiert war als im Dritten Reich«, wie das die Süddeutsche Zeitung herausgefunden hat, und in dem Sich die Globkes gegenseitig auf die Füße traten? »Verzweigte, verhunzte Menschen, die wegen ihres unbrauchbaren Wissens nicht weiter verwendbar sind«, wie Arnulf Baring uns Schwestern und Brüder so einfühlsam charakterisierte. Sein Kampfgesell, der »Historiker« Paul Nolte, wirft uns Osis Gerechtigkeitsromantik vor und empfiehlt, für die Wessis gleich mit, »Abschied von der Gerechtigkeit zu

nehmen« – ganz so, als hätte es die ausgerechnet im Bonner Umland tatsächlich gegeben – um einer »Nordkoreanisierung« vorzubeugen. So ist es recht – wer Gerechtigkeit will, peilt das Elend für alle an.

Nun, da sich der Fall der Mauer, den die Verhunzten und Verzweigten ganz allein besorgt haben, zum zwanzigsten Male jährt, sind sie allenthalben wieder zu hören und zu lesen – die Hymnen auf die Einheit und uns tapfere Zonis, auf uns 17 Millionen Widerständler und Heroen der Wende. Daß da einige Maulhelden aus großbürgerlichen oder CDU-nahen Kreisen die Katze aus dem Sack lassen und den Weihrauch lüften, sollte zu denken geben.

So lange die zitierten Herrschaften aus West und Ost noch Kalten Krieg spielen, hinkt der Gaul Geschichte. Es ist eben was anderes, wenn ein Bayer einen Rostocker Fischkopp nennt oder ein Plattdeutscher über den sächsischen Dialekt witzelt, als es arrogante Extre-

murteile sind, die an die Art und Weise erinnern, in der weiße Urwalderkunder über Pygmäen sprechen. Wie kann man sich wehren? Daß wir den Wessis »unsere Miß Marpel aus der Uckermark geschenkt haben«, wie es der Kabarettist Wolfgang Schaller formulierte, reicht ja wohl nicht aus.

Vielleicht sollten wir in Freundlichkeit und Konsequenz mit dem fortfahren, was die FAZ im März so auf die Palme brachte, nämlich mit der »Ossifizierung der einst so liberalen, unationalistischen Gesellschaft«, die der Ex-DDR-Mensch mit seiner Osthaftigkeit vergiftet hat? Natürlich ist die Journaille klug und informiert genug, den Neubundis nicht anzuhexen, daß sie – also wir – zurück in die bananenlose Ära und retour zu Erich und Erich wollten. Aber daß wir den Kakao, durch den man uns zieht, auch noch trinken – DAS muß nicht sein. Wenn Osthaftigkeit, Gerechtigkeitswillen, soziale Solidarität, die Erfolgserfahrung der Wende-Demos und unser vorzeigbares Kultur- und Bildungsniveau im allgemeinen und die Fähigkeit, Typen wie den infantilen Boris B. müde zu belächeln, BILD nicht mit der Bibel zu wechseln und sich nicht gemein zu machen mit den Frohnaturen beim »Ballermann« bedeutet, dann könnten unsere Nationalverwandten ein paar Tröpfchen Gegengift nichts schaden. Es gibt viel zu tun packen wir es an. Entzweigen und enthunzen wir uns!

* Dr. Steffen Peltsch gehörte vom 18. März bis zum 2. Oktober 1990 als Abgeordneter der letzten Volkskammer der DDR an, berichtet hier also aus erster Hand.

Mangelndes Selbstvertrauen im Café »Wildau«?

Mit dem Café Wildau in Eichhorst ist am Werbellinsee ein regionales Kleinod wiedererstand. In der lokalen Tageszeitung wird das am 2. Juli gewürdigt (»Aufgebaut, was Honecker entsorgte«). Nicht als das »beliebte Ausflugslokal« fürs gemeine Volk, wie einst. Vielmehr sind »zahlungskräftige Kunden« die Zielgruppe. Doch auch wenn Normalverdiener bestenfalls als Zaungäste Nutznießer des neuen Etablissements sein werden, ist das Café Wildau zweifellos eine Bereicherung des gastronomisch-kulturellen Angebots in unserer Region. Zudem setzt so ein gehobenes Angebot auch Qualitätsmaßstäbe für die benachbarten, nicht

ganz so ambitionierten Gasthöfe. Bedauerlich ist allerdings das geringe Selbstvertrauen der neuen Betreiber.

Als negative Legitimation muß mal wieder das längst vergangne SED-Regime herhalten. Auf Erich Honeckers Gefühlslage als Werbeträger will man offenbar nicht verzichten. Daß die Ruinen des Café Wildau vor dem angesagten Schmidt-Besuch von 1981 (damals erhielten die Straßen der Umgegend auch schnell mal neue Asphaltdecken) zur »Schönheitspflege« einfach in den See geschoben wurden, ist kritikwürdig. Leider agierten die neuen Machthaber zwanzig Jahre später nicht anders, als sie

anlässlich der Landesgartenschau den – sogar denkmalgeschützten – Bahnhof Eisenspalterei als »Schandfleck« einfach planierten. Wie 1981 mußten die Verantwortlichen keine Folgen fürchten.

Die Anekdoten der Vergangenheit sollten nicht vergessen werden. Zur Kurzweil erzählt, können sie den Aufenthalt im Café Wildau sicherlich interessanter machen. Solcher Anekdoten als grundlegende Legitimation ihres Tuns bedürfen aber nur Leute, denen eigne Ideen knapp sind. Die neuen Betreiber des Café Wildau gehören hoffentlich nicht dazu.

GERD MARKMANN

Bands United in der Sommerpause

Nach einer gelungenen ersten Sessionhälfte gönnen sich die Jungs und Mädels des Eberswalder Event und Musikvereines Bands United e.V. erst einmal eine kleine, aber doch wohlverdiente Pause. Jedoch liegen die Macher der judo|halle oder des Bandhauses nicht faul auf dem Rücken sondern kümmern sich vielmehr um die Erhaltung ihrer Projekte. Zum Beispiel ist wieder ein Sommerputz um die judo|halle herum geplant, bei dem die Außenanlagen und auch die Halle selbst gründlich gereinigt und gegebenenfalls repariert und ausgebessert wird. Nach Veranstaltungen wie beispielsweise der Faschings- und Bad Taste Party, oder dem sagenumwogenen Inferno Innenstadt Festival welches in Zusammenarbeit mit dem Kosmo-

naut e.V. stattfand, oder auch der band|kick Fussballparty haben dem Veranstaltungsort ein wenig zugesetzt, »... sodaß wir uns in der Sommerpause wieder zusammenfinden um unser aller judo|halle auf die 2. Hälfte des Jahres vorzubereiten!« so Danny Wolfsteller, Vorstandsvorsitzender des Vereins. Freuen kann man sich dann auf Veranstaltungen wie dem DJ-Battle im September, diversen Indie-Rock und Alternativ-Konzerten, auf eine 50er – 70er Party und zum Jahresende folgt dann auch noch eine Überraschung welche aber gebürtig diese Session abschließt und die neue beginnen läßt. Seien wir also gespannt und wünschen wir allen einen schönen Sommer.

Bands United

Tigerradtour 2009

Eberswalde (bhp). Knapp 200 Radsportler waren am 20. Juni zur »Tigerradtour 2009« unterwegs durch den Landkreis Barnim. »Die Tour war wieder ein voller Erfolg«, werteten Klaus Hoffmann vom Verein der Freunde und Förderer des Zoologischen Gartens Eberswalde e.V. und Zoodirektor Dr. Bernd Hensch. Mehr als 40.000 Euro wurden für den Eberswalder Tierpark eingefahren. Der Dank gelte daher nicht nur den Aktiven, sondern vor allem auch den Organisatoren und Helfern, ohne deren finanzielles, materielles und persönliches Engagement die »Tigerradtour 2009« nicht möglich gewesen wäre. »Wir sehen uns hoffentlich wieder«, so Hoffmann und Hensch, »wenn es am 12. Juni 2010 heißt: Tigerradtour 2010«.

Buchtip:

Uckermark. Zukunftsroman



HERRLICH BLÜHT DAS TRAUERIGE BRACHLAND.
AUCH SOZIALE BRACHE KANN NEU BLÜHEN.
ANDERS ALS EIN GARTEN. FAST SCHÖNER.
DAVON HANDELT DIESER ZUKUNFTSROMAN.

Gensichen, Hans-Peter
Uckermark. Zukunftsroman
1. Auflage, 20 Euro, 316 S.
© PS VERLAG 2009
Alle Rechte vorbehalten
Herstellung: PS VERLAG

Der Roman denkt am Beispiel der Uckermark einmal voraus, was für Probleme eine wirtschaftliche Talfahrt ganzen Regionen und ihren Einwohnern bereitet. Wie die Menschen nun einmal sind, reagiert jeder auf seine Art auf solche Umbrüche. Auswandern? Durchhalten? Nachbarn ausplündern? Welche Geschäftsidee kommt trotz immer schlechterer Infrastruktur und Versorgung und mit immer weniger Kunden, die auch noch finanziell auf dem letzten Loch pfeifen, noch so zurecht, daß davon jemand leben kann? Kann man dem Rückzug der gewohnten Zivilisation (Schule, Laden, Bahnhof usw.) aufhalten? Wenn man Gemeinschaft nun ganz klein und neu erfinden müßte - wo und mit wem fängt man an? Hier bekommen Sie die Lösungsvorschläge in unterhaltsamer Form serviert. Sie können aber auch gern die Theorie hinter dem Roman kennenlernen. Die Praxis kommt noch früh genug. www.befreiungstheologie.eu

Hineinlesen? www.psverlag.de/buch/uckermark

Bestellen? psverlag@telta.de, 03334/212600 (Tel.), 03334/212059 (Fax)

Umwelthinweis: Dieses Buch wurde mit einem umweltfreundlichen Verfahren auf chlorfrei gebleichtem Papier gedruckt.

Umschlaggestaltung und Umschlagfoto: Peter Spangenberg

Chorinfest 2009

Das Evangelische Chorinfest verbindet am 6. September 2009 unter dem Thema »Free at last – endlich frei« alte Mauern mit neuer Musik und neuer Geschichte. Die Gospelchöre von Berlin und Brandenburg treffen sich zum Proben in Eberswalde und sind auf dem Chorinfest mit dabei. Ein Gospeltottesdienst und ein großes Gospelkonzert, die an den Mauerfall und den Protest von Martin Luther King erinnern, bilden den Rahmen, in dem jeder Gast eingeladen ist, sich wohl zu fühlen. Eine große Welle rhythmischer geistlicher Musik, die längst nicht mehr nur aus Amerika kommt, wird von ca. 300 Sängerinnen und Sängern in die alten Klostermauern getragen. Aber auch ein breites weiteres Festprogramm vermag am 6. September zwischen 11 und 17 Uhr die Anwesenden in der Klostersruine Chorin zu begeistern. So erklingt auch die Kinderchorkantate »Till Eulenspiegel« und viele Stände laden zum Bummeln, Spielen und Basteln ein. Auch für das leibliche Wohl ist gesorgt und wer es etwas beschaulich mag, kann sich nach dem Gottesdienst auf einen geführten Pilgerweg durch die herrliche Umgebung des Klosters begeben. Merken Sie sich diesen Termin vor!

HANNS-PETER GIERING

